Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 180. Montag, den 4. August 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Ein Markstein in der Kriegsgeschichte.

ft. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß in den Kämpfen der Aufständischen gegen die mexikanische Regierung zum ersten Male erfolgreich die Flugzeuge nicht bloß zum Aufklärungsdieste, sondern zu kriegerischen Aktionen verwendet wurden. Man hat Kriegsschiffe durch Sprengstoffe zum erstenmal vernichtet, sie mit Mann und Maus durch die vom Flugzeug hinuntergeworfenen Sprengstoffe im Meer versinken lassen. Das eröffnet eine neue Aera der Kriegsführung, das schafft Ausblicke in die Zukunft, die den künftigen Kriegsgewaltigen jede Siegessicherheit rauben müssen. Der Krieg ist heute nicht im entferntesten mehr zu vergleichen mit den Kriegen, die uns die Schlachtenbilder früherer Zeiten, ja, selbst nicht mehr mit denen, die uns die Denkwürdigkeiten eines Moltke, die Geschichtswerke des Großen Generalstabes zeigen. Das Bestreben, alle Errungenschaften der modernen Technik im Kriege anzuwenden, alles, was die Naturwissenschaften auch nur an Zukunftsmöglichkeiten aufweisen, kriegerischen Zwecken nützlich zu machen, führt zu einer unübersehbaren Mannigfaltigkeit von Kriegsmitteln, die doch zusammenwirken müssen, sich gegenseitig zu bedingen haben, ein enggeknotetes Netz darstellen, das aber gerade durch die mannigfach verschiedenen Fäden, die es bilden, leicht einen Riß bekommen und genau so zusammenschrumpfen kann, wie das Netz der Spinne, wenn man irgend einen stützenden, kaum sichtbaren Faden, vielleicht auch nur, ohne es zu wollen, zerreißt. Die Mannigfaltigkeit des Kriegswerkzeuges schafft aber auch die Notwendigkeit, einen ganz ungeheuren Troß mit sich zu führen und alle möglichen Mittel stets bereit zu halten, um diese so komplizierte Maschinerie in jedem Augenblicke im Gange zu erhalten. War es das Streben des Moltkeschen Militarismus, mit möglichst wenig Gepäck in den Krieg zu ziehen, haben die Kriegsschriftsteller noch vor kurzem gegen die frühere Kriegsführung die massenhafte Verwendung von Fahrzeugen und Nichtkombattanten angeführt, so sehen wir nun, daß heute wiederum in den Fehler früherer Kriegsführung verfallen wird, ja, daß man heute noch stärker in ihn verfällt, als im dreißigjährigen Kriege. Dazu kommt weiter, daß diese Millionenarmeen, die nun aufgestellt werden, im Feindeslande nur mit den größten Schwierigkeiten zu ernähren sein werden. Einerseits entblößt man die Heimat von allen Arbeitskräften, andererseits soll man Millionen in Feindesland ernähren. Das ergibt Aufgaben des Transports, des Nachschubs, die sich nicht nur der Laie, die sich selbst der Generalstab kaum vollständig auszudenken vermag. Denkt man zwar auch an die Ernährung der Soldaten mit komprimierten Nahrungsmitteln, so wird man trotz aller Künste der Chemie doch für die Millionenarmeen Millionen Rinder, allwöchentlich Millionen Brote, Millionen Stücke anderer Nahrungsmittel, und immer wieder neue Kleidungsstücke benötigen. Dazu kommt bei dem heutigen gewaltigen Munitionsverbrauche jedes Infanteristen, der Schnellfeuergeschütze, wie auch der anderen Mordwerkzeuge, eine im Vordergrund des ganzen Transportwesens stehende Sorge um den Nachschub der Munition.

In den Betrachtungen über den Zusammenbruch der türkischen Heeresmacht im Balkankriege wurde die Niederlage der Türken im Kampfe gegen die Bulgaren auf die Mangelhaftigkeit des Transportwesens zurückgeführt. Wir zweifeln durchaus nicht, daß die deutsche Heeresverwaltung in jedem Jahre viele Millionen verwendet zur Sicherung und Vergrößerung ihres Transportmittelparks; man weiß ja, daß es kaum ein Lastautomobil in Deutschland gibt, das nicht für Heereszwecke im Ernstfalle vorbehalten ist. Aber obgleich sicherlich das Höchste, was auf diesem Gebiete gefordert und geleistet werden kann, von der deutschen Kriegsverwaltung geschieht, darf man doch gründlich Zweifel hegen, ob es möglich sein wird, den Nachschub an Munition, Nahrungsmitteln, Heizstoffen usw. wirklich zu schaffen, der notwendig ist, um all die Kriegsmittel ununterbrochen in voller Leistungsfähigkeit zu halten, um die Menschen nicht erschlaffen zu lassen, um die Generäle nicht in ihren Berechnungen zu stören. Das Fehlen eines Tankwagens mit Benzin kann in einem künftigen Kriege von einer so großen Bedeutung werden, wie es der gewaltige Schlachtenlenker Moltke nicht einmal ahnen konnte . . .

Zu allen diesen Schwierigkeiten kommt nun die unbestreitbare Tatsache, daß zu den Armeen und Flotten, deren Ineinandergreifen im Kriegsfalle schon zu den größten Schwierigkeiten gehört, wie jedes kombinierte Manöver bisher den sachkundigen Beobachter gelehrt hat, nun auch noch die Luftflotte kommt, die ein gewaltiges Moment der Unsicherheit gegen alle Kriegsberechnungen bringt, ein Moment der Schwierigkeiten höchst bedenklicher Art. Gelingt es nun schon, mit von Flugzeugen geworfenen Sprengstoffen in starker Bewegung befindliche Kriegsschiffe zu vernichten, so ergibt sich für den Landkrieg eine ganz unverhältnismäßig größere Gefahr durch das Flugzeug. Wir wollen da vollständig absehen von der Unruhe, die feindliche Flugzeuge in ruhende Armeen bringen können; um jede Nacht ruhigen Schlafes können die Soldaten durch die drohenden Flugzeuge gebracht werden. Gegen jede Anhäufung von Soldaten, Geschützen, Munition, Nahrungsmitteln usw. kann das Flugzeug angewandt werden. Von Wolken verdeckt über neutrales Gebiet fliegend, kann es trotz allen Aufklärungsdienstes der eigenen Flugzeuge plötzlich auftauchen, die größte Verwirrung hervorrufen, die schönsten Pläne zerstören.

Aber nicht darin liegt die größte Gefahr. Der siegreiche Heerführer, der im Feindeslande operierte, brauchte sich bisher keine Sorge um die Heimat zu machen. In seinem Rücken hatte er gesichertes Gebiet, unangreifbare Straßen, ohne Störung verkehrende Eisenbahnzüge, unangetastete Lagerhäuser, feste Brücken. Lediglich von der Ordnung der Verwaltung hing es ab, daß es den gegen den Feind wirkenden Armeen weder an Nahrung, noch an Kriegsbedarf fehlte. Nun ändert der Aeroplan dieses Gefühl der Sicherheit vollkommen. Der feindliche Aeroplan wirkt im Rücken der siegreichen Armee; für ihn gibt es keine Grenzen, er dringt bis in die Hauptstädte der siegreichen Heere, er überfliegt sie und zerstört alles, was dem sein Vaterland blutig düngenden Feinde in seiner Heimat zum Schaden gereichen kann. 100 beherzte Flieger auf 50 Flugzeugen können eine siegreiche Armee aushungern und von jedem Schießbedarf entblößen. Sie können zerstören die Brücken über die Flüsse, die Knotenpunkte der Eisenbahnen, die Proviantmagazine, die Lokomotivremisen, die Munitionsfabriken, — hundert Mann können den ganzen Militarismus vernichten, vermögen die Vergeblichkeit der Miliardenopfer zu erweisen und durch das letzte Kriegsmittel den Wahnwitz des Krieges auch den berufsmäßig Kriegslüsternen zur klaren Erkenntnis zu bringen. Kein Land ist in dieser Hinsicht ungünstiger gestellt, als gerade unser Vaterland. Dem angeblichen Erbfeinde im Westen, dem früheren Erbfreunde im Osten stehen Angriffsstellen auf unserem Boden zu Gebote, wie wir sie im feindlichen Gebiete entbehren müssen. Die Flüsse, die Norddeutschland, zum Teil ganz Deutschland von Süden nach Norden durchfließen, trennen unser Land von den auf feindlichem Boden stehenden Armeen, wenn die feindlichen Flugzeuge die festen und die künstlich errichteten Brücken zerstören. Das ist eine Gefahr, wie man sie früher nicht gekannt hat, das ist eine Drohung, die den größten Sieg in die vollkommenste Niederlage verwandeln kann, das ist — möge sie uns nicht erst im Ernstfalle werden — eine Mahnung, Einhalt zu tun mit der bis zum Wahnwitz getriebenen Kriegsvorbereitung und endlich den Frieden herbeizuführen, den alle wollen sollten. Werden die Uebermilitaristen erkennen, daß das Ergebnis eines Krieges nicht durch die Aufwendung aller Mittel eines Volkes der Sieg sein wird, dann werden auch sie dem Kriege feind sein müssen, wie wir es immer gewesen sind.

Das lehrt jedem, der lernen will, die vollständige Vernichtung des mexikanischen Kanonenbootes durch die von einem Aeroplan geworfene Bombe.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz

wird im „Deutschen Reichsanzeiger“ vom 1. August veröffentlicht. Das Gesetz tritt am 1. Januar 1914 gleichzeitig mit einem Gesetz zur Abänderung des Reichsmilitärgesetzes sowie des Gesetzes über Aenderungen der Wehrpflicht vom 11. Februar 1888 in Kraft.

Das militärische Submissionswesen.

Die vom Reichstag verabschiedete Militärvorlage enthält viele Millionen Mark für die erforderlichen Neubauten. Die Art, wie diese Arbeiten vergeben werden, findet nun aber anscheinend nicht die Billigung der Baubeflissenen an den einzelnen Orten. Statt daß die Militär-Bauverwaltung die Arbeiten einfach in Submission ausschreibt und sie dann zu einem mittleren Preise vergibt, arbeitet sie mit dem System der beschränkten Submission. Eine kleine Anzahl Firmen werden ausgewählt und aufgefordert, ihre Kostenanschläge einzureichen. Die Ringbildung unter den Submittenten wird dadurch geradezu gefördert, denn es kann den Interessenten nicht schwer fallen, festzustellen, welche Firmen zur Submission eingeladen wurden. In einer Zuschrift an das „Berliner Tageblatt“ wird über dieses System lebhafte Klage geführt und diese Klagen scheinen um so beachtlicher, als auch auf folgenden Umstand hingewiesen wird:

„Daß bei Aufstellung der Unternehmerliste Beziehungen und sonstige gute Eigenschaften eine große Rolle spielen, braucht nicht erst gesagt zu werden. Wie schwer ist es zum Beispiel schon, über den Registrator an den Regierungsbaumeister heranzukommen! Um sich das leichter zu gestalten, haben einige große Firmen, die bisher auch noch nicht für die Militärbehörde gearbeitet haben, Regierungsbaumeister als Vertreter eingestellt; eine Groß-Berliner Firma leistete sich sogar einen ehemaligen „Garnisonsbaumeister“. Speziell bei Arbeiten, wo militärische Geheimnisse nicht in Frage kommen, müssen wir fordern, daß weiten Kreisen Gelegenheit geboten werde, sich daran zu beteiligen. Dies kann aber nur durch öffentliche Submission geschehen. Auch nur dann kann die Militärbehörde auf preiswerte Angebote rechnen; denn zu leicht können sich die Firmen bei beschränkter Submission über die Preise einigen.“

Man sollte meinen, das, was der Krupp-Prozeß schon jetzt gezeitigt hat, sollte den Militärbehörden Anlaß geben, von dem seitherigen System der Vergebung von Arbeiten abzugehen und den freien Wettbewerb zuzulassen. Mit Recht ist es im Reichstag schon wiederholt kritisiert worden, daß höhere Marine-Offiziere sich pensionieren lassen, und dann bei privaten Werften hochbezahlte Stellen annehmen. Diese Herren werden von der Privat-Industrie nicht etwa deshalb übernommen, weil man bei ihnen größere Sachkunde voraussetzt, sondern nur der Verbindungen wegen, die sie haben. Wenn z. B. der Herr Regierungsbaumeister oder der Herr Garnisonbaumeister a. D. bei einer militärischen Baubehörde vorspricht, dann ist das natürlich etwas ganz anderes, als wenn ein einfacher Baumeister kommt, der so ganz ohne Beziehungen ist oder vielleicht gar politisch nicht einwandfrei erscheint. Die Prüfung des Materials und die Ueberwachung der gesamten Bauausführung liegt in den Händen von sachverständigen Militärbeamten, sodaß für eine beschränkte Submission gar kein Anlaß besteht. Der Krupp-Prozeß muß dazu führen, daß die ganzen Bestimmungen über Lieferung und Vergebung von Arbeiten bei militärischen Behörden nach modernen Grundsätzen umgestaltet werden.

Die Oeffentlichkeit der Militärgerichtsverhandlungen

wird mit jedem Tage ein immer luftigeres Phantom. Schloß man zuerst bei den Verhandlungen wegen Mißhandlungen die Oeffentlichkeit nur dann aus, wenn es sich um Offiziere handelte, so wird dieselbe Praxis jetzt auch bei niederen Vorgesetzten geübt. In Breslau hatte sich am Mittwoch der Unteroffizier Steinicke wegen vorschriftswidriger Behandlung und Beleidigung von Untergebenen zu verantworten. Obwohl die Verhandlung drei Stunden dauerte, wurde die Oeffentlichkeit nicht einen Augenblick hergestellt, sogar die gesamte Urteilsbegründung erfolgte hinter verschlossenen Türen — wegen Gefährdung militärdienstlicher Interessen und der Sittlichkeit! So erfuhr man nur das Strafmaß — drei Wochen Mittelarrest. Nicht viel besser ging es in der Verhandlung gegen den Gefreiten Scholaut her, der wegen Mißhandlung in zwei Fällen, wegen vorschriftswidriger Behandlung von Untergebenen in 22 Fällen (!) und wegen Beleidigung von Untergebenen zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Unter anderem hatte er den Grenadier Malich 20mal hinlegen lassen, ihn dann mit dem Knie hinuntergedrückt und die Schmeichelei hinzugefügt: „Ich lasse Dich so lange hinlegen, bis Du krepierst!“ Als diese Mitteilungen gemacht waren, wurde für den übrigen Teil der Urteilsbegründung die Oeffentlichkeit wieder ausgeschlossen!

Das Zentrum rühmt sich seiner papiernen Resolutionen bei der Beratung der letzten Heeresvorlage. Hätte es wirklich Volksinteressen im Auge gehabt, dann durfte es sich nicht mit Resolutionen begnügen, sondern mußte mit den Sozialdemokraten gegen diese Aufhebung der Oeffentlichkeit durch die Militärgerichte bindende Beschlüsse fassen.

Vorarbeiten für den Reichstag.

Eine Korrespondenz meldet, daß bei den zuständigen Regierungsstellen bereits emsig an neuen Reichstagsvorlagen gearbeitet wird. Ein Entwurf über eine Neuregelung der Arbeitsverhältnisse der Rechtsanwaltsangestellten im Reich ist im Reichsjustizamt bereits fertiggestellt, so daß anzunehmen ist, daß die Vorlage im Herbst dem Bundesrat und im Laufe dieses Winters dem Parlament zur Durchberatung vorgelegt werden kann. In dem Entwurf werden in der Hauptsache die Urlaubsverhältnisse

der Angestellten, die geeignete Fortbildung der Lehrlinge, die Frage der Fortzahlung des Lohnes bei unverschuldeter Dienstversäumnis geregelt. Dann wird ein Entwurf zur Abänderung des geltenden deutschen Wechselrechts, der auf Grund der geschlossenen internationalen Vereinbarung einer Abänderung des geltenden deutschen Wechselrechts vorliegt, dem Bundesrat und danach dem Reichstag im nächsten Winter beschäftigen. Weiter dürfte der Gesetzentwurf, über die Haftpflicht der Eisenbahnen, der dem preußischen Staatsministerium bereits zugegangen ist, aller Voraussicht nach zu den gesetzgeberischen Aufgaben gehören, die an das Reichsparlament im nächsten Winter herantreten. In dem Entwurf ist sowohl die Regelung der Personen wie auch der Sachschäden geregelt, wobei beabsichtigt ist, die Bestimmung über die Haftung für Personenschäden anstelle der einschlägigen Vorschriften des Gesetzes vom 7. Juni 1871 treten zu lassen. In Vorbereitung befindet sich dann eine Abänderung des Zwangsversteigerungsgesetzes.

Die Versorgungsabteilung des preußischen Kriegsministeriums ist mit der Ausarbeitung neuer Bestimmungen über die Entschädigung derjenigen Kapitulanten des Heeres beschäftigt, die gegen den Verzicht auf den Zivilversorgungsschein einen Geldbetrag wählen. Diese Neuregelung soll dem Parlament in Gestalt einer Vorlage zusammen mit dem Haushalt von1914 zugehen. Es sollen, wie eine militärische Nachrichtenstelle erfährt, hiernach u. a. auch ausscheidende Unteroffiziere, die nicht die volle zwölfjährige, zum Empfang von 3000 Mark in bar berechtigende Dienstzeit haben, künftighin in den Genuß einer Dienstprämie von vielleicht 500 Mark nach sechs- bis achtjähriger Dienstzeit gelangen. Ebenso will man den Fall der älteren Unteroffiziere neu regeln, die erheblich über zwölf (und achtzehn) Dienstjahre im Heere verbleiben. Es sollen insbesondere die Bezirksfeldwebel günstiger als bisher gestellt werden.

Die Militärpflicht der Auslandstruppen.

Das Gesetz über die Staatsangehörigkeit regelt auch die Militärverhältnisse der im Ausland lebenden Deutschen. Unter bestimmten Umständen kann von jetzt ab ein Deutscher von der Ausübung der Militärpflicht entbunden werden. Militärpflichtige, die sich in einem außereuropäischen Lande eine feste Stellung als Kaufmann, Gewerbetreibender usw. erworben haben, können nämlich nach Ablauf der Frist, für die sie zurückgestellt sind, frühestens jedoch nach Ablauf des vierten Dienstpflichtjahres, auf ihr Ansuchen durch die Ersatzbehörde dritter Instanz dem Landsturm ersten Aufgebots überwiesen werden. Diese Vergünstigung darf jedoch den Militärpflichtigen nur gewährt werden, wenn bei Ableistung der aktiven Dienstpflicht, sei es im Reichsgebiete, sei es in einem Schutzgebiet, ihre Stellung oder ihr in dem außereuropäischen Lande angelegtes Vermögen gefährdet sein würde, auch kein Anhalt dafür vorliegt, daß die Voraussetzungen der Ueberweisung zum Landsturm zur Umgehung der Dienstpflicht herbeigeführt wird. — Diese Erleichterung wird allerdings in der Regel nur Sprößlingen kapitalistischer Kreise zugute kommen.

Holland.

Die Kabinettskrise wieder akut. Wie das Reutersche Bureau erfährt, hat der demokratische Abgeordnete Dr. Bos, nachdem sich die Sozialisten geweigert haben, an der Bildung eines aus Mitgliedern aller Parteien der Linken zusammengesetzten Kabinetts mitzuarbeiten, die Königin gebeten, ihn von der Aufgabe, ein Kabinett zu bilden, zu befreien. Die Königin hat seinem Wunsche entsprochen. Die Königin empfing im Schlosse der Königinmutter in Soestdijk den Staatsrat Cort van der Linden und beauftragte ihn mit der Bildung eines außerparlamentarischen Kabinetts. Cort van der Linden erbat sich eine Bedenkzeit, um einen Entschluß zu fassen.

Portugal.

Die Unruhen in Portugal. Der Sonderberichterstatter des Pariser „Journal" meldet aus Tuy an der spanisch-portugiesischen Grenze: Wenn auch die Lage in Portugal schwierig ist, war doch in Lissabon keineswegs der Bürgerkrieg ausgebrochen, wie ein Gerücht wissen wollte. Das einzige Hindernis, das sich der Wiederherstellung der Ruhe entgegenstellt, sind die anarchistischen (?) Anschläge und Bombenexplosionen, über die zu berichten die Zensur verbietet. In der Nacht zum Mittwoch schossen drei Anarchisten in der Caballertostraße auf eine Patrouille. Sie töteten drei und verwundeten fünf Polizisten. Die Regierung, von der Treue der Truppen überzeugt, hat sich entschlossen, tatkräftig gegen die Anarchisten vorzugehen, die mit Hilfe sozialer Forderungen Aufstände anzetteln wollen. Die Ruhe scheint gegenwärtig einigermaßen wiederhergestellt zu sein, aber nicht gesichert. Die Syndikalistenführer in Oporto erklären, die Unruhen würden jeden Augenblick ausbrechen, wo man am wenigsten darauf gefaßt sei. Die Monarchisten erhoffen wenig von der Verwirklichung ihrer Pläne. Immerhin wird seit einigen Tagen eine ungewöhnliche Bewegung an der Grenze zwischen Vigo, Orense, Verin und Tuy wahrgenommen. Doch sind die Royalistenführer abwesend. Ein hervorragender Offizier äußerte zu einem Berichterstatter: „Die Monarchie kann nicht wiederkehren. Doch gehen wir alle Tage immer mehr der Anarchie entgegen." Die Kaufleute in Oporto haben einen Aufruf erlassen, in dem sie sich über die im Lande herrschende Zerrüttung beklagen, die sie mit Ruin bedrohe. Mangels zulässiger Nachrichten aus Portugal läßt sich nicht kontrollieren, was an dieser Schilderung wahr ist. Doch will es uns scheinen, als ob die vollständige Gleichgültigkeit der Regierung und der unter sich rivalisierenden bürgerlichen Cliquen gegen die sozialen Forderungen des Volkes die Ursache der fortwährenden Wirren seien.

Balkan.

Die Friedensverhandlungen kommen garnicht vom Fleck. Auf die Forderungen der Serben und Griechen hat Bulgarien mit folgenden Gegenforderungen geantwortet: 1. Die neue Grenze beginnt an der alten serbisch-bulgarischen und geht zwischen Kumanowo und Egri Palanka nach Süden zwischen Veles und Istip über den Vardar bis Murichovo bei Monastir, alsdann über Gewgeli und westlich von Serres über die Struma und endet im Golf von Oforno. Es bleiben daher auf bulgarischem Gebiet Egri Palanka, Kratowo, Kotschana, Istip und Rodowista, Strumitza, Doiran, Serres, Demir Hissar und Kavalla. — Die Griechen haben in den Besprechungen mit den Bulgaren die Grenze Makri nach dem Golf von Lagos zurückgezogen. 2. Da die Entscheidung über die Inseln von der Botschafter-Konferenz in London den Großmächten vorbehalten ist, kann Bulgarien nach dieser Richtung keine Verpflichtungen übernehmen. 3. Bulgarien kann die Berechtigung der Forderung der Verbündeten nach einer Entschädigung der Einwohner nicht anerkennen und über diesen Gegenstand auch nicht in Verhandlungen eintreten. 4. Bulgarien willigt ein, daß die Streitigkeiten betreffs der alten serbisch-bulgarischen Grenze einer internationalen Militärkommission anvertraut werden, die von den Großmächten zu ernennen ist. 5. Bulgarien nimmt den Grundsatz an, demzufolge sich die Kriegführenden unter Wahrung der Gegenseitigkeit verpflichten, auf ihren Gebieten den Nationalitäten volle Schul- und Kirchenfreiheit zu gewähren. — Eine Verlängerung des Waffenstillstandes wird nur dann vereinbart werden, wenn die Arbeiten der Konferenz bis zum Dienstag gut fortschreiten. Am Sonnabend vormittag hat eine vertrauliche Besprechung der militärischen Sachverständigen Rumäniens und Bulgariens über die Grenzlinie stattgefunden. Die Besprechung war ergebnislos. Eine neue Besprechung sollte heute abend nach der Vollkonferenz stattfinden. Die bulgarischen Bevollmächtigten konferierten vormittags mit den anderen Kriegführenden über die bulgarischen Gegenvorschläge.

Die Wiener „Neue Freie Presse" erhält von besonderer Seite aus Bukarest die Meldung, daß die Friedensverhandlungen sich einem kritischen Punkte nähern und zwar einem gefährlichen Zwiespalt zwischen Bulgarien und Griechenland. Es dreht sich um den Hafen von Kavalla. Die zwischen Bulgarien und Serbien schwebenden Streitfragen werden als weniger akut bezeichnet, da die Stimmung auf beiden Seiten nachgiebig sei und Aussicht bestehe, ein Kompromiß ohne die Struma-Grenze zustande zu bringen.

Wie der „Frankf. Zeitung" aus Bukarest telegraphiert wird, beurteilt man dort die Situation weniger pessimistisch. Es macht immer mehr den Anschein, als ob zwischen Serbien und Bulgarien eine Verständigung erzielt werden wird. Wohl werden Kotschana und Ischtip den Serben verbleiben, doch dürften Radowitza und Strumitza bulgarisch werden. Mittlerweile dürfte Montag eine Verlängerung der Waffenruhe für drei Tage angestrebt werden, da man annimmt, daß bis dahin über die verschiedenen Grenzführungen eine Einigung zustande kommt. Mehr als wahrscheinlich ist, daß die Alliierten auf ihre Forderung einer Kriegsentschädigung verzichten werden. Schwierig dürfte die Frage der Gewährung von Schul- und Kirchenfreiheit an die 200 000 Griechen sein, die in künftig bulgarischem Gebiet wohnen werden. Nichtsdestoweniger ist die Prognose für die Konferenz andauernd günstig. In Wiener diplomatischen Kreisen wird erklärt, die Forderungen der Verbündeten seien entschieden übertrieben; auch pessimistische Erwartungen hätten nicht so hohe Ansprüche annehmen lassen. Man hofft trotzdem auf eine Mäßigung der Forderungen; eventuell unter dem Einfluß der Mächte.

Offiziell wird gemeldet, daß Montenegro auf der Bukarester Friedenskonferenz Gebietsforderungen gestellt habe. Montenegros Ansprüche werden von Serbien kräftig unterstützt, da diesbezüglich seit Beginn des neuen Krieges bestimmte Abmachungen zwischen Montenegro und Serbien bestehen.

Die Großmächte sind noch immer bemüht, die Türkei zu bewegen, Adrianopel zu räumen. Der Türkei sollen außer der in Aussicht gestellten Grenzverbesserung auf der Linie Enos-Midia noch anderweitige Kompensationen bewilligt werden. Bisher verhält sich die Türkei diesen Anregungen gegenüber ablehnend.

Die Wiederaufnahme der griechisch-türkischen Beziehungen steht unmittelbar bevor. Sonnabend kamen aus Konstantinopel Reschid Bei und Mechid Bei in Athen an, die mit Galib Kemali Bei zusammen den Vertrag zwischen Griechenland und der Türkei wegen Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und, wie es heißt, auch andere Abmachungen unterzeichnen werden. Die Abgesandten der Pforte hatten eine Unterredung mit Koromilas. Der Vertrag wird von der Türkei nicht als ein dem Londoner Friedensvertrag hinzugefügtes Protokoll, sondern als selbständiger Vertrag behandelt werden, da die Türkei den Londoner Vertrag als nicht mehr bestehend betrachtet.

England.

Ein englischer Militärlieferungs-Skandalprozeß. Wie die Lond. Presse meldet, beschäftigt die englische Polizei eine ähnliche Affäre, wie der Bestechungsprozeß, der augenblicklich vor dem Berliner Militärgericht verhandelt wird. Gegen eine Reihe von Beamten des englischen Kriegsministeriums wurde eine strenge Untersuchung eingeleitet, da sie stark verdächtig sind, Schmiergelder von Fabrikanten angenommen zu haben. Es kommen etwa zehn Feldwebel und einige Zeugoffiziere in Betracht. Den Fabrikanten soll fast unter den gleichen Umständen, wie in der deutschen Angelegenheit, geheim zu haltendes Material zugänglich gemacht worden sein, so daß sie danach ihre Angebote machen konnten. Es handelt sich nicht allein um Lieferungen für die Bewaffnung des Heeres, sondern auch um Lieferungen für die Offizierkasinos, also um Lebens- und Genußmittel. — Der Kapitalismus bringt eben überall dieselben Erscheinungen, dieselbe Korruption hervor.

Venezuela.

Die Revolutionäre in Venezuela. Gerüchten aus Caracas zufolge wurden die Regierungsbeamten in Coro von den Anhängern Castros überrumpelt und getötet oder festgenommen. In einer Proklamation, datiert vom 27. Juli, erklärt Castro, der Krieg sei unvermeidlich. Die Mobilisierung der Regierungstruppen ist beendet. Die ersten Truppen gehen nach Coro ab. Nach einem Telegramm aus Willemstad hat sich Präsident Gomez entschlossen, selbst die Truppen gegen Castro zu führen. Der Präsident begab sich von Caracas nach Puerta Cabello, von wo er sich auf einem Kriegsschiffe nach Coro begeben will.

China.

Der Bürgerkrieg. Juanschikai erklärt in einem Manifest, daß sowohl die Rebellenführen General Huangheing und Tschentschimei als auch die meisten Parteigänger der Revolution der Kuomintangpartei angehören. Der Präsident verlangt die Ausschließung dieser Rebellen aus der Partei und fordert eine Erklärung der Kuomintangpartei über die Rebellion. Juanschikai droht, falls die Antwort unbefriedigend ausfallen sollte, strenge Anwendung des Gesetzes. Ein zweites Manifest des Präsidenten beauftragt den Oberkommandierenden der Regierungstruppen am Yangtse, Tuantschikai, mehrere Rebellenführer zu verhaften und zu bestrafen. Suntjatsen ist darunter nicht genannt worden.

Die „Morning Post" meldet aus Schanghai unter dem 1. August: Admiral Tsenf veröffentlichte im Namen des Präsidenten Juanschikai eine Proklamation, die für die Auslieferung des Rebellenführer tot oder lebendig Belohnungen aussetzt: 100 000 Dollar für Huamghsing, 50 000 Dollar für Tschentschimei und 20 000 Dollar für Suangfu und Lischutscheng.

Weiter wird aus Schanghai von Reuters Bureau gemeldet: Am Sonnabend früh näherten sich um 4 Uhr 30 Minuten zwei Kreuzer den Wusungforts bis auf zwei Meilen und eröffneten ein einstündiges unregelmäßiges Feuer. Die Kreuzer konnten sich ohne Schaden zurückziehen. Die Konsular- und Zollbeamten sind von Admiral Tseng formell davon in Kenntnis gesetzt worden, daß er die Wusungforts mit vier Kreuzern bombardieren werde. 2000 loyale Truppen trafen aus Hankau in Schanghai ein. Alle Verstärkungen der Nordtruppen sind jetzt aus Tschifu beim Arsenal angelangt. Die aufständischen Truppen in den Arsenalen in den Lunghua-Bezirken sind stark zusammengeschmolzen. Eine kurze Nachricht aus Kanton des Inhalts, daß drei kantonesische Divisionen sich zum Marsch gegen Juanschikai rüsten, erregte in Peking angeblich große Freude, da die Regierung, wenn die kantonesischen Truppen die Provinz Kanton verlassen, Gelegenheit haben wird, ihnen eine entscheidende Niederlage zuzufügen, ohne daß Kanton geplündert oder vielleicht in Brand gesetzt wird. Ein solches Schicksal Kantons würde auch den Handel des Südens besonders mit Hongkong lahmlegen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 4. August.

Mit dem Parteitag in Jena wird sich morgen abend im Gewerkschaftshaus die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins beschäftigen. Kein Parteigenosse, keine Parteigenossin fehle!

Die Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. August 1913: 27 002 Mitglieder gegen 23 817 im Jahre 1912. Auf Männer entfielen davon 18 337 (1912 16 547), auf Frauen 8665 (1912: 7270). Erwerbsunfähig krank waren am letzten Juli 1913: Männer 435 (1912: 393) und Frauen 276 (1912: 292). Ausweisscheine für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Juli 1722 (1912: 1784) erteilt. Sterbegeld wurde im Juli für Mitglieder in 17 Fällen, für Angehörige in 30 Fällen gezahlt. Übertretungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die satzungsmäßigen Verhaltungsvorschriften waren in 24 Fällen mit Strafe zu belegen. Wegen verspäteter Meldung zur freiwilligen Fortsetzung der Mitgliedschaft im Anschluß an die beendete versicherungspflichtige Beschäftigung haben im Juli 11 Abweisungen erfolgen müssen. Die freiwilligen Kassenbeiträge müssen Mittwochs und Donnerstags tunlichst in den Vormittagsstunden entrichtet werden.

b. **Ferienstrafkammer** vom 1. August. Ein Häkchen. Der 13jährige Schulknabe Bl. entdeckte ein altes Kleider- und Wäschelager, das eine Frau hinter einem Lattenverschlag aufbewahrte. Verschiedene Male drängte sich der Knirps durch die Latten, zweimal wurde der Verschlag erbrochen. Die Sachen wurden zum Lumpenhändler gebracht, der Erlös von 50, 70, 30 Pfg. usw. in Kuchen und Bonbon eingehandelt. Beim Pferdetränken im Zirkus Blumenfeld, wo der Knabe mithalf, entwendete er eine Peitsche, die ihm der Milchhändler M. für 15 Pfg. abkaufte, nachdem vergeblich 25 Pfg. gefordert wurden. Durch diesen billigen Kauf einer guterhaltenen Peitsche soll sich der Mann einer Hehlerei schuldig gemacht haben, die der Staatsanwalt mit 3 Tagen Gefängnis geahndet wissen will. Gegen den Knaben wurden 15 Tage beantragt. Urteil: Bl. wird zu 4 Tagen Gefängnis verurteilt, der Milchhändler wird freigesprochen. Die bedingte Begnadigung soll für den Knaben befürwortet werden. Da es ein besonders ungezogenes Bürschchen ist, wurde er bereits dem Rettungshaus übergeben. — Bessert das Gefängnis? Erst 17 Jahre alt und schon viermal wegen Diebstahls mit mehreren Monaten Gefängnis vorbestraft ist der aus Mecklenburg gebürtige Hausdiener W. Das blasse Bürschchen kam am 2. Juli aus dem Gefängnis in Bützow und suchte sich am selben Tag im Gasthof drei Kronen Stellung. Er entdeckte im oberen Stockwerk eine verschlossene Kassette und wußte nichts Eiligeres zu tun, als für die letzten 50 Pfg. einen Schraubenzieher zu kaufen, mit dem er den Kasten erbrach. Dann entnahm der Bursche zwei Siegelringe, eine Schlipsnadel und eine Taschenuhr, die dem Diener des Gasthofs gehörten und 150 Mk. Wert hatten. Da der junge Dieb noch nicht 18 Jahre alt ist, konnte er noch nicht zu Zuchthaus verurteilt werden, für das ihn der Staatsanwalt reif erklärte; er beantragte gegen ihn 2 Jahre Gefängnis. Das Urteil lautet auf ein Jahr und eine Woche, die es wegen Beilegung eines falschen Namens bei der Verhaftung als Extrazugabe gibt.

Lübecker Straßenbahn. Betriebsergebnisse für den Monat Juli 1913. Befördert sind: 1913: 1 090 412 Personen, 1912: 926 934 Personen, + 103 478 Personen. Eingenommen sind: 1913 111 439,22 Mk., 1912: 98 347,70 Mk., + 13 091,52 Mk. Betriebsergebnisse

für die Zeit vom 1. April bis 31. Juli 1913. Befördert sind: 1913: 3 804 762 Personen, 1912: 3 473 357 Personen, + 331 405 Personen. Eingenommen sind: 1913: 410 354,54 Mk., 1912: 369 608,49 Mk., mehr 40 746,05 Mk.

Menschheitssehnen. Der Entwicklungstrieb beherrscht die Natur, erfüllt als erstes Grundgesetz das große Ganze seit Ewigkeit her. In jedem Teilchen des Ganzen lebt er, in jedem Lebewesen zeigt er seine Existenz. Jedes Wesen auf Erden hat den starken Trieb in sich, zu leben. Dieser Lebenstrieb ist nichts Isoliertes. Er steht im Dienste eines höheren Prinzips, jenes Entwicklungstriebes, der die ganze Erde, das ganze All erfüllt.

Je mehr der Lebenstrieb in den einzelnen Wesen wirkte, um so höherer Art wurde das Ganze, in dessen Sinne jene einzelnen Triebe im Grunde ja nur lebten, und je höherer Art das Ganze wurde, um so mehr zeigte sich auch äußerlich die Einheit des Ganzen, um so mehr wurde sie von den Entwickeltsten empfunden. Diese entwickelteren Menschen fühlen nicht mehr allein den Trieb in sich, ihr eignes Leben zu erhalten und zu fördern, sie fühlen sich, der eine auf diesem, der andre auf jenem Gebiet, mit andern verbunden und ihnen gehört zum Lebenstrieb das Verlangen, das Leben aller zu bilden und zu entwickeln in den Punkten, in denen sie sich zu den andern hingezogen fühlen. Nach der Verbreitung einer natürlichen Weltanschauung sehnen sich diese Scharen, jene nach Frieden zwischen den Völkern. Große Ideen bewegen unsere Welt, denn sie sind nicht auf ein Land beschränkt; der Welt gehören sie. Und so verschieden die Gebiete auch sind, so ist allen doch gemeinsam das Sehnen. Ein großes Sehnen geht durch die Welt.

Dieses Sehnen ist der Anfang eines neuen Stadiums in der Weltentwicklung. Vorbei ist die Zeit, in der der einzelne nur dem Ich lebte. Mehr und mehr fühlen die Menschen, daß große gemeinsame Bande sie einen, mehr und mehr gehört ihnen zur Befriedigung ihres Lebenstriebes das Eintreten für eine gemeinsame Sache.

Wenn diese Scharen, die eine Entwicklung aller auf einzelnen Lebensgebieten erstreben, den Beginn der neuen Zeit fühlen lassen, wieviel mehr dann jene Millionen, die nicht allein in dieser oder jener Frage sich mit der Welt verbunden fühlen, die sich mit ihr vielmehr in allem eins fühlen, was zum Leben gehört. Es sind die Millionen, die der Sozialdemokratie angehören, in denen ein solch großes, universales Einheitsgefühl lebt. Sie wollen nicht das Wohl von einzelnen, auch nicht den Fortschritt auf bestimmten Gebieten: der Menschheit Gesamtwohl erstreben sie. Der ganzen Welt ersehnen sie das höchste Glück; Friede, Schönheit, Liebe der gesamten Menschheit. Das ist ein Menschheitssehnen, so groß, so tief, so edel, wie es niemand anders, wie es niemand vorher je empfand. Es ist der Entwicklungstrieb der Welt in seiner höchsten Vollendung, und darum das genialste Gefühl, das je gelebt. —

Haben die Innungen das Recht, Strafen festzusetzen? Diese Frage ist von erheblicher Wichtigkeit, da manche Innungen von dem sich selbst angemaßten Strafrecht den eigenartigsten Gebrauch machen. Auch in Lübeck ist das geschehen. Von Interesse wird folgende Entscheidung sein, die dieser Tage in Neumünster getroffen wurde: Die dortige Schlachterinnung faßte 1909 den Beschluß, keine Preise für Fleisch- und Wurstwaren im Schaufenster bezw. Laden bekannt zu geben, auch keine diesbezügliche Anzeigen in den Zeitungen zu erlassen. Gegen diesen Beschluß haben drei Mitglieder verstoßen, die von der Innung zu 20 ℳ Geldstrafe verurteilt worden sind. Gegen diese Bestrafung wurde von den Beteiligten Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, dem Magistrat, geführt. Die Bestraften wurden aber abgewiesen. Eine Beschwerde gegen den Magistratsbeschluß bei der Regierung war von Erfolg, der Beschluß der Innung wird aufgehoben mit der Begründung, daß Innungen nicht befugt sind, Strafen festzusetzen. — Sehr vernünftig!

Eine größere Schlägerei, bei der das Blut floß, entstand gestern abend auf dem Schlutuper Bahnhof zwischen Fahrgästen eines dichtbesetzten Eisenbahnwaggon-Abteils dritter Klasse kurz vor Abgang des Zuges 10.15 Uhr. Nachdem man die Kämpfenden (unter ihnen drei Soldaten, die auch von ihrem Seitengewehr Gebrauch gemacht haben sollen) auseinandergebracht und in die verschiedenen Abteile des Zuges verteilt hatte, setzte sich der Zug in Bewegung. Auf dem Lübecker Bahnhof gerieten sämtliche Beteiligte in Haft.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Radfahrer und einem Auto der Firma Kahl u. Sohn erfolgte heute vormittag kurz vor 11 Uhr in der Fackenburger Allee. Der Radler, ein Schlachter, wollte anscheinend von dem Radfahrweg nach der Kirchenstraße einbiegen, als ihn das Auto erfaßte und zu Boden stieß. In bewußtlosem Zustand wurde der Bedauernswerte mittelst Sanitätswagens dem Krankenhause zugeführt.

Aufstieg des Ballons „Lübeck". Bei günstigen Wind- und Wetterverhältnissen wird der Ballon „Lübeck" des Lübecker Vereins für Luftfahrt am Mittwoch, dem 6. dss. Mts. einen Aufstieg unternehmen. Mit den Vorarbeiten dazu wird auf dem Spielplatze der Lübecker Turnerschaft früh um 5½ Uhr begonnen, während der Beginn der Füllung auf 6¼ Uhr angesetzt ist, so daß der Aufstieg etwa zwischen 7 und 7½ Uhr erfolgen dürfte.

pb. **Verloren.** In der Nacht vom 2./3. d. Mts. hat ein Tischlergeselle in einem Varieté an der Untertrave ein Portemonnaie mit 25 Mark, einem goldenen schlichten Ring mit dem Monogramm „M. T.", einem dünnen goldenen Kettenring und einem goldenen Damenring mit rotem Stein verloren. Das Portemonnaie ist zweifellos einem unehrlichen Finder in die Hände gefallen, da es am Sonntag morgen leer in der Herrentoilette gefunden woredn ist. Trödler, Pfandleiher und Goldwarenhändler werden auf die Ringe aufmerksam gemacht.

pb. **Diebstahl in der Badeanstalt.** Am 30. v. Mts. sind in der Freibadeanstalt an der Falkenwiese einer Schülerin ein Paar schwarze Schnürschuhe mit Lackspitzen abhanden gekommen.

pb. **Eigentumsvergehen.** Ermittelt und festgenommen wurde das Dienstmädchen eines hiesigen Gärtners, das fortgesetzt unter Benutzung falscher Schlüssel aus einer verschlossenen Kommode Geldbeträge gestohlen hat.

pb. **Fahrradschwindler.** Ermittelt und festgenommen wurde ein Kutscher aus Neuvorwerk bei Dassow, der sich unter der Maske eines Angestellten der Mecklenburgischen Eisenbahn in mehreren Fällen bei hiesigen Händlern Fahrräder lieh, um sie alsbald zu verkaufen. Bei Ausführung seiner Betrügereien trug er eine Eisenbahnermütze.

pb. **Ein unehrliches Schneiderlein.** Festgenommen wurde ein hiesiger Schneider, der in mehreren Fällen Herrenanzüge, die er zwecks Reparatur bezw. Aufbügelns erhalten hatte, in hiesigen Wirtschaften für Zechschulden zurückließ und sie somit seinen Auftraggebern vorenthielt. Er dürfte dieses Manöver noch häufiger, als bisher bekannt geworden ist, ausgeführt haben. Personen, die vielleicht noch auf die Rückgabe ihrer Kleidungsstücke warten, werden ersucht, sich beim Polizeiamt zu melden.

bp. **Entwendeter Ring.** Am 2. d. Mts. gegen 9¼ Uhr abends ist in einem Café ein breiter goldener Damenring im Werte von 50 ℳ, mit der Aufschrift „Mit Gott geht's uns gut" und der Inschrift: „Georg Ostern 1907", abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Gestohlene Stiefel.** Von dem Hofraum eines an der Josephinenstraße belegenen Hauses sind in der Nacht vom 31. Juli bis 1. August d. Js. ein Paar lange und ein Paar halblange Stiefel gestohlen worden.

pb. **Freiheitsdrang.** Am 28. v. Mts. ist der Strafgefangene Johann Schelangowski, geboren am 10. Mai 1888 zu Osusch, Kreis Krotoschin, von der Feldarbeit bei dem Vorwerker Friedhofe, in der Richtung nach Schwartau entwichen. Der Flüchtige ist etwa 1,70 Meter groß und trägt einen Spitzbart. Bekleidet war er mit einem blauen Anstaltsanzug, grauem Regenrock und weißem Strohhut.

Gefundene Gegenstände. Im Monat Juli d. J. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert bezw. angezeigt und bis jetzt nicht abgefordert: Mehrere Portemonnaies und Handtaschen mit Inhalt, sowie lose Geldbeträge, mehrere goldene und silberne Damenuhren, 1 Herrenuhr, mehrere goldene und andere Broschen, 1 silb. Fingerring, 1 silb. Eßlöffel, 1 silb. Rahmguß, 2 Krawattennadeln, 1 Medaillon, 1 Kneifer, 1 Spazierstock, mehrere Schirme, 1 Herrenweste, 1 Damenbluse, 1 Kindermütze, 1 Rucksack mit Inhalt, 1 Schiebkarre und 1 Peitsche.

Säuglingsfürsorgestelle III. Die nächste Sprechstunde findet am Dienstag von 2 bis 3½ Uhr nachmittags Langer Lohberg 6—8 statt.

Hamburg. Ueberschwemmungsunglück am Elbufer. Der Dampfer „Kaiserin Auguste Viktoria" der Hamburg-Amerika-Linie hat Sonntag abend bei seiner Ausfahrt großes Unheil angerichtet. Der Dampfer hatte eine so außerordentliche Geschwindigkeit eingeschlagen, daß die hierdurch hervorgerufenen Wellen das Ufer bei den Orten Schulau und Wittenberge weithin überfluteten. Es befanden sich dort mehrere hundert Personen, die zum größten Teile badeten und von den Fluten überrascht wurden. Viele von ihnen wurden in den Strom hineingerissen oder gegen das Ufergelände geschleudert. Das Wasser kam in einer gewaltigen Woge von mindestens zwei Fuß Höhe herangeschossen. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, sind zwei Personen ertrunken, vier, die vom Wasser heftig gegen die am Strande liegenden Steine geworfen wurden, trugen erhebliche Verletzungen davon, etwa zwanzig Leute wurden leicht verletzt. Zahllose Kleidungsstücke und Rucksäcke mit ihrem Inhalt, wie Uhren, Portemonnaies usw. wurden weggeschwemmt, so daß viele Menschen nur notdürftig bekleidet sich auf den Heimweg machen mußten. Auch der Landungssteg bei Wittenberge wurde vom Wasser fortgerissen, und eine Barkasse, die sich zwanzig Meter vom Ufer befand, auf den Strand geworfen. Man fürchtet, daß noch mehrere Personen ihren Tod gefunden haben.

Hamburg. Sechzehn Sittenverbrecher verhaftet! Die wiederholten Ermahnungen an die Eltern, ihre Kinder zu warnen, nicht mit fremden Personen, ganz gleich welchen Geschlechts, zu gehen und sich auch durch keinerlei Versprechungen mitlocken zu lassen, sowie für Fremde Bestellungen auszuführen, scheinen nichts gefruchtet zu haben, denn täglich laufen bei der Kriminalpolizei, Inspektion C, Anzeigen über Sittenverbrechen an kleinen Kindern ein. Namentlich jetzt, während der Ferienzeit, wo viele Kinder auf Spielplätzen, sowie an dem Elbstrand weilen und größtenteils nicht von Erwachsenen beaufsichtigt werden, sollten die Eltern ihre Kleinen recht oft ermahnen, mit niemand zu gehen. Innerhalb der letzten Woche sind hier nicht weniger als 16 Personen wegen Sittenverbrechens, begangen an Kindern, verhaftet worden.

Arbeiter, Parteigenossen!
Erwerbt
das lübeckische Bürgerrecht!

Schiffbeck bei Hamburg. Risiko der Arbeit. Auf der hiesigen Jutefabrik geriet eine ungarische Frau mit der linken Hand in eine Maschine, wodurch ihr die Hand vollständig abgerissen und der linke Unterarm noch einmal gebrochen wurde. In diesem Zustande lief die Frau ohne Hilfe nach dem in der Fabrik angestellten Verbinder, der ihr die erste Hilfe leistete. Im Krankenhause mußte ihr dann der Unterarm amputiert werden.

Altona. Schwerer Unglücksfall auf der Elbe. Der in der Thalstraße in Hamburg wohnende Kellner Puvis und sein Freund, der in der Heinestraße wohnende Kellner Trettner, mieteten am Sonnabend abend vom Bootsvermieter Schnoor in Oevelgönne ein für 4 Personen vermessenes Ruderboot, um noch eine Ruderpartie auf der Elbe zu unternehmen. T. forderte nun ein am Ufer stehendes etwa 20—25 Jahre altes, ihm nicht bekanntes junges Mädchen auf, mitzufahren, welcher Einladung dieses auch Folge leistete. Anfänglich ruderte T., als dann aber das Südufer der Elbe, in der Nähe des Wracks der „Athabaska" fast erreicht war, wollte P. ihn ablösen. Beim Plätzewechseln kenterte das, wie alle die Vergnügungsboote äußerst leicht gebaute Boot, und alle drei Insassen fielen in die Elbe. Die in der Nähe befindliche Barkasse Nr. 7 der Marineverwaltung eilte sofort zu Hilfe, doch glückte es nur mit großer Mühe den Puvis zu retten, während Trettner und das junge Mädchen, das überhaupt nicht wieder auftauchte, den Tod in den Fluten fanden. Die Leichen sind noch nicht geborgen.

Flensburg. Schleswig-Holsteinischer Parteitag. Am Sonntag vormittag trat hier im neuerbauten prächtigen Gewerkschaftshaus der Parteitag für den Agitationsbezirk Schleswig-Holstein und Fürstentum Lübeck zusammen. Nachdem der Chorverein die Delegierten durch zwei Kampfeslieder begrüßt hatte, hießen Genosse Haberlandt im Namen der hiesigen Genossen, und Genossin Zietz im Namen des Parteivorstandes die Erschienenen herzlichst willkommen. Nach Konstituierung des Parteitages erstattete Genosse Fr. Bartels den Bericht des Bezirksvorstandes. Redner nahm Bezug auf den gedruckt vorliegenden Bericht, von dem wir bereits die wichtigsten Punkte mitgeteilt haben. In eingehender Weise beschäftigte sich Redner mit den Landtagswahlen, dem gegenwärtigen Stand der Organisation und der Presse. Hier müsse der Hebel mehr als bisher angesetzt werden; insbesondere sei der Landagitation erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Der Landarbeiterverband hat im Vorjahre einen erfreulichen Aufschwung im Bezirke genommen; die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtg annähernd 2300. Im kommenden Herbst soll eine Konferenz der Genossinnen im Bezirk stattfinden. Schwere Kämpfe stehen uns bevor; deshalb müßten wir für straffe, stramme Organisationen sorgen. Die Debatte war nur eine sehr kurze; sie erstreckte sich auf unwesentliche Punkte. Dem Bezirksvorstand wurde Entlastung erteilt. — Den Bericht über die Presse erstattete Genosse Krause-Kiel. Nach einer Schilderung der geschäftlichen Entwicklung im Berichtsjahre begründete Redner einen Antrag auf Erhöhung des Abonnementsgeldes für das Kieler und Flensburger Parteiblatt von 70 auf 75 Pfg. pro Monat ab 1. Oktober 1913. Der Antrag fand nach längerer Debatte Annahme. Eine eingehende Aussprache zeitigte ein Antrag der Flensburger Genossen, die Inseratenpreise für das Flensburger Parteiblatt herabzusetzen und den Gewerkschaften und sonstigen Arbeitervereinen Rabatt zu gewähren. Die Debatte hierüber wurde auf Montag früh vertagt. Der Parteitag ist besucht von 137 Delegierten.

Flensburg. Schiffsuntergang. Der ostfriesische Ewer „Antje", der auf der Reise von Assens nach Hamburg begriffen war, ist an der Nordspitze von Alsen leck gesprungen und gesunken. Die Mannschaft wurde durch Apenrader Fischer gerettet.

Brunsbüttel-Koog. Wegen eines Grogs ins Zuchthaus. Der Gastwirt Friedr. Schultz hier ist Inhaber einer Herberge, in der insbesondere Auswanderer verkehren und auf ihrer Durchreise übernachten. Sch. darf diesen nur alkoholfreie Getränke verabfolgen; die Konzession zum Ausschank alkoholischer Getränke hat er nicht. Trotzdem sollte er einmal einem Gast einen Grog verabreicht haben. Als dies zu Ohren der Polizei kam, erhielt er von dieser einen Strafbescheid. Sch. bestritt jedoch, jemals alkoholische Getränke zum Ausschank gebracht, d. h. gegen Bezahlung verabreicht zu haben, und beantragte gegen die Strafverfügung gerichtliche Entscheidung. Zu der Verhandlung war auch der betreffende Gast als Zeuge geladen, dem Sch. den Grog verabreicht haben sollte. Um nun den Strafbescheid von sich abzuwenden und „glaubhaft zu beweisen", daß er alkoholische Getränke nicht zum Ausschank gebracht habe, bat er den betreffenden Zeugen, vor Gericht auszusagen, er habe zwar Grog bei ihm getrunken, jedoch nicht gegen Bezahlung. Der Zeuge aber kam diesem Ansinnen nicht nach, sondern sagte, als er vor Gericht vernommen wurde, der Wahrheit gemäß, daß er den Grog von Sch. auf Bestellung und gegen Bezahlung erhalten hätte. Dadurch war es bewiesen, daß Sch. alkoholische Getränke verschenkt hatte, ohne die Konzession dafür besessen zu haben. Es kam aber auch heraus, daß er den betreffenden Zeugen zu bestimmen versucht hatte, vor Gericht etwas Unwahres zu sagen. Dies nun hatte für Sch. ein Strafverfahren wegen Unternehmens der Verleitung zum Meineid zur Folge und die Strafkammer beim Amtsgericht Itzehoe hat den Angeklagten am 26. März wegen dieses Verbrechens zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt in der er nur behauptete, die Feststellungen reichten nicht aus, um seine Verurteilung zu rechtfertigen. Denn er habe den Zeugen nicht verleiten wollen, vor Gericht etwas Unwahres auszusagen. Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revision als unbegründet.

Neubrandenburg. Entschädigungsansprüche in Höhe von 100000 Mark sind von dem Drogisten Greve in Neubrandenburg an den Staat gestellt worden. Greve war bekanntlich von der Strafkammer in Neustrelitz zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren verurteilt worden auf Grund des alleinigen Zeugnisses der damals dreizehnjährigen Tochter eines Ökonomierats. Das Mädchen, das jetzt Krankenschwester ist, wurde später von Gewissensbissen geplagt und legte mehreren Personen gegenüber das Geständnis ab, daß sie seinerzeit den Angeklagten falsch bezichtigt habe. Wie die Ermittelungen ergaben, hatte sich der Sachverhalt folgendermaßen abgespielt: Von den Eltern des Mädchens waren an ihrer Tochter verschiedene Veränderungen beobachtet worden, die sie veranlaßten, einen Arzt zu Rate zu ziehen. Dieser stellte fest, daß an dem Mädchen ein Sittlichkeitsvergehen vorgenommen worden war. Wie sich jetzt herausgestellt hat, kamen als Urheber mehrere gleichalterige Knaben in Frage. Aus Scham, eingestehen zu müssen, daß sie sich zu diesen Handlungen freiwillig hergegeben hatte, behauptete das Mädchen dann, von dem Drogisten Greve verführt worden zu sein. Auf den Antrag des Rechtsanwalts Behn sprach das Gericht Greve, der zwei Jahre unschuldig im Zuchthaus gesessen hatte, die Entschädigungsansprüche zu. Infolge der Zuchthaushaft ist Greve nach dem Gutachten der Ärzte völlig erwerbsunfähig geworden, da er sich im Zuchthaus ein Nervenleiden und ein Lungenleiden zugezogen hat. Unter Berechnung eines Jahresverdienstes von 3000 bis 4000 Mark verlangt Greve jetzt eine einmalige Entschädigung von 100000 Mark oder die Zinsen dieses Kapitals in Form einer jährlichen Rente. Eine Entscheidung über diesen Antrag ist noch nicht ergangen.

Scheeßel bei Stade. Eine grausige Bluttat passierte im benachbarten Vahlde. Unter mehreren Leuten, die von der Erntearbeit nach Hause kamen, brach Streit aus. Im Verlauf des Streits wurde der 20jährige Haussohn Brunkhorst (Jakenhaus) von dem früheren Gastwirt Brooks erstochen und ein anderer junger Mann lebensgefährlich verwundet. An einer Telegraphenstange hockend, verblutete Brunkhorst. Es sind bereits verschiedene der Beteiligten verhaftet worden.

[] **Emden.** Der Streik der Hafenarbeiter dauert jetzt bereits 11 Wochen, ohne daß ein Ende abzusehen wäre. Die Situation im Kampfe hat sich im allgemeinen wenig geändert. Die Unternehmer haben es anscheinend auf die Zertrümmerung der Organisation abgesehen. Als Retter in der Not sind ihnen selbstverständlich die Christlichen zur Seite gesprungen. Beide, Unternehmer und Christliche, machen die verzweifeltsten Anstrengungen, um Arbeitswillige heranzuholen. Ein ganzer Stab von christlichen Agitatoren lungert am Orte herum, um jede Gelegenheit zu erspähen, Streikbrecher anzuwerben. Der Erfolg scheint jedoch nicht recht sonderlich zu sein. Die Christlichen behaupten, daß bereits 700 Mann im Hafen arbeiten, und die Unternehmer behaupten, die Arbeit geht glatt vonstatten. Im Widerspruch mit diesen Renommistereien stehen allerdings die nackten Tatsachen. Ein großer Teil der Dampfer wird nach wie vor nach Delfzyl und Rotterdam gesandt, um dort gelöscht zu werden. Auch in Emden selbst geht die Arbeit nicht vorwärts. In den letzten Tagen hatte sich der Sekretär des Hafenbetriebsvereins wiederum mit den Streikbrecherlieferanten in Verbindung gesetzt, um Arbeitswillige heranzuschaffen. Es wurden in Essen ca. 120 Mann angeworben und zwar „für Erdarbeiten nach Gronau". Aber anstatt nach Gronau, ging die Reise nach Emden. Zum Empfang auf dem Bahnhofe hatten sich eingefunden: die Polizei, die Unternehmer und — die christlichen Arbeitersekretäre. Vom Bahnhof gings mit Motorboot zum Außenhafen. Die Arbeitswilligen erklärten jetzt aber, daß sie doch für Gronau und nicht für Emden, und für Erdarbeit nicht aber für Hafenarbeit angenommen seien. Also sie streikten, und weil sie unter Vorspiegelung falscher Tatsachen angenommen waren, verlangten sie sofortige Rückbeförderung. Wohl oder übel mußte der Agent die Rückfahrt bezahlen und die Leute dampften wieder ab. Der Agent konnte zunächst diese Widersetzlichkeit nicht fassen und versuchte vor der Abreise noch einmal sein Glück, mit dem Erfolg, daß er von den genasführten Leuten arg verprügelt wurde. Trotz all dieser Machinationen steht der Streik äußerst günstig und sind die Streikenden entschlossen, auszuharren in dem ihnen aufgezwungenen Kampf. Deshalb ist es nach wie vor Pflicht aller Arbeiter, Solitarität zu üben und sich nicht nach Emden locken zu lassen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Verkauf 5888

lebender Butt

am Dienstag, dem 5. August 1913
vormittags von 8 Uhr ab
an der
Dankwartsbrücke, Holstenbrücke, Drehbrücke, Eutiner Brücke
und
Hüxtertorbrücke.

Dora Stave
Wilhelm Spethmann
Verlobte. (5887
Lübeck, den 3. August 1913.

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend.
e. G. m. b. H.

Für möglichst bald suchen wir eine

Verkäuferin

oder ein

jung. Mädchen,

welches Lust hat, sich als Verkäuferin auszubilden.

Für letztere Anfangsgehalt 10 M. pro Woche, welches vierteljährlich steigt.

Angehörige unserer Mitglieder werden bevorzugt.

Gefl. Bewerbungen bitten wir an unsere Warenabgabestelle **Eutin,** Stollbergstraße gelangen zu lassen.

5891) **Der Vorstand.**

Zu sofort oder 1. Oktober **zwei Zimmer** mit Boden. Preis 100 Mk. (5884) Marktstraße 17, I.

Schöne reife Johannisbeeren
Pfd. 10 Pfg., zu verkaufen. (5893
1. Ochsenkoppel 7, Burgtor.

Vorwärts Bibliothek

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk

Erweckt Ein Roman aus dem Proletarierleben von A. Ger

Der Ausweg Eine Erzählung von Ernst Preczang

Das Land der Zukunft Reisebeschreibung von Leo Kolisch Mit einer Einleitung von Paul Göhre

Verschrobenes Volk von R. Grötzsch.

Der Prinzipienreiter Eine Erzählung aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Blos

In den Tod getrieben Zwei Erzählungen v. Ernst Preczang

Der Pariser Garten und anderes. Von Minna Kautsky

Mutter Ein Frauenschicksal von Joh. Ferch

Jeder Band gut gebunden 1 Mark

Die Vorwärts Bibliothek ist die geeignetste Unterhaltungslektüre für jede Arbeiterfamilie

Zu beziehen durch Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

Eine große

Hand- und Hausbibliothek

erhalten die Abonnenten von „Welt und Wissen"

vollständig gratis

und zwar nach Bezug eines Jahrganges, resp. 52 Heften, 3 illustr. Werke im Umfange von zusammen 480 Seiten. — „Welt u. Wissen" erscheint wöchentlich im Umfange von 24 Seiten, reich illustr., und bringt höchst interessante Abhandlungen aus all. Wissensgebieten zum Preise von nur 15 Pf. für das Heft.

Den Bestellzettel erbitten wir ausgefüllt an unsere Expedition oder durch unsere Boten.

Bestellschein
für die Abonnenten des
„Lübecker Volksboten".

An die
Buchhandlung F. Meyer & Co.
Lübeck, Johannisstraße 46.

Ich abonniere hiermit auf
„Welt und Wissen"
à 15 Pfg. pro Heft.

Name: _____

Ort: _____

Straße: _____

Weinkirschen liefere am **Mittwoch** bei Abnahme von 5—10 Pfd. frei Haus, **Jakobsbirnen,** haltbare gute **Eß- u. Kochbirnen** von 5 Pfd. an billigst frei Haus. Bestellungen nehme entgegen. (5892
C. Prestin, Fleischhauerstr. 60.

Bestes **Ragoda** Schnell-Wasch-Mittel
Ohne Chlor. Garantiert unschädlich. Schneeweisse Wäsche.
Ueberall zu haben. 1 Pfd. nur 55 Pfg.

Zur Einführung bis Ende 1914 gegen ausgeschn. Gutscheine von
5 Pfd.: 1 **Taschenmesser** oder 1 **Schere** usw. (1823
10 „ 1 echt silb. Kollier, 3 Neusilber-Eßlöffel usw.

Vereinigte-Butterhändler
von Lübeck und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. **1.30** Mk. (5890

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
1) **Billigste Preise.**
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden und seine Bücherei auf billigste Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete dem weit über 100 000 Mitglieder zählenden

Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde (Sitz Stuttgart)

bei. Für den geringen Jahresbeitrag von

nur M 4.80

(dazu im Buchhandel 20 Pfg. Bestellgeld, durch die Post d. Porto) **erhält man kostenlos:**

1. die reichillustrierten Monatshefte

Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde mit den Beiblättern:

Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photographie und Naturwissenschaft — Technik und Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld — Natur in der Kunst — Natur und Heimatschutz.

2. Auskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung

fünf wertvolle Bücher

erster Schriftsteller; im Jahre 1913: W. Boelsche, Festländer und Meere; Dr. K. Floericke, Einheim. Fische; Dr. Ad. Koelsch, Der blühende See; Dr. H. Dekker, Vom sieghaften Zellenstaat; Dr. A. Zart, Atome und Moleküle.

Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede Buchhandlung entgegen, wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos", Stuttgart.

Probehefte und Prospekte postfrei!

Gründl. Violin- und Zither-Unterricht, monatl. 5 Mk. an. Instr. zum üben werden gratis geliehen. Ang. unter **A B 100** an die Expedition dieses Blattes. (5883

Die Arbeitsgarderoben
von
Bahr & Umlandt
— Breite Straße 31 —
sind anerkannt preisw. u. haltbar.

Zwirnhosen	1.40	bis	3.50
Pilothosen	2.50	bis	5.50
Maurerhosen	2.90	bis	7.50
Gen. Cordhosen	4.00	bis	9.50
Schlosseranzüge	2.80	bis	5.00

Klapp- u. Bauchhosen in allen Qualitäten.
Trotz der billigen Preise
60) **rote Lubecamarken.**

Achtung! Achtung!

Travemünde!

Das Vereinslokal des Gesangvereins „Eiche" und der „Freien Turnerschaft" befindet sich jetzt in der Travemünder Bierhalle, Inhaber H. Westphal.

Wir bitten die Mitglieder hiervon Notiz zu nehmen.

5886) **Der Vorstand.**

Lübecker Sommer-Theater
i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.
Dienstag, den 5. August:
Der größte Operettenschlager.

∴ Puppchen. ∴

Sonntag wieder bei total ausverkauftem Haus mit jubelndem Beifall aufgeführt.
Alle Hauptschlager mußten wiederholt werden, ebenso der Barfußtanz
Mittwoch, den 6. August:
Sudermann-Abend:
HEIMAT.
Magda — Else Strohm-Ambrosius.
5889) Anfang stets 8¼ Uhr.

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Ausserordentliche

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, d. 5. August 1913
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zum Arbeitsnachweis des Arbeitgeber-Verbandes.
2. Stichwahl zum Bauarbeiterschutz-Kongreß zwischen Harburg und Lübeck.
3. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Kollegen anwesend zu sein.

5868) **Der Zweigvereinsvorstand.**

NB. Die Versammlungen in den Zahlstellen finden um 6½ Uhr statt.

Sozialdemokratischer Verein.

Dienstag, den 5. August 1913
abends 8½ Uhr

Mitglieder - Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Die diesjährige Lassallefeier.
2. Stellungnahme zum Parteitag in Jena, event. Stellung von Anträgen.
3. Der mecklenburgische Parteitag.
4. Verschiedenes.

(5876

Eutin.

Gewerkschafts-Fest

am Sonntag, dem 10. August 1913
im Gehölz Pulverbeck an der Oldenburger Chaussee.

Abmarsch präzise 1½ Uhr vom Marktplatze.
Auf dem Festplatze: Festrede (Genosse Stelling), Konzert, Volksbelustigungen für Erwachsene und Kinder.
Einmarsch 6½ Uhr.

Nachdem **Ball** im Gasthof „Stadt Altona".
Anfang 8 Uhr.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

5897) **Das Komitee.**

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 180. Montag, den 4. August 1913. 20. Jahrg.

Der Krupp-Prozeß vor dem Kriegsgericht.

Am Sonnabend, dem 3. Verhandlungstage, legte vor Eintritt in die Verhandlungen der Zeuge Brandt ein ärztliches Zeugnis vor, nach welchem seine Frau am Freitag abend völlig zusammengebrochen ist und erst in 48 Stunden wieder vernehmungsfähig sei. Weiter wurde ein Schreiben des Rechtsanwalts Dr. Löwenstein verlesen, in dem dieser mitteilt, daß er Frau Brandt geraten habe, ihre verweigerte Aussage über eine etwaige Beeinflussung ihres Mannes nunmehr abzugeben. Er habe ihr übrigens früher im Hinblick darauf, daß einige der Angeklagten ihren Mann nach dessen Haftentlassung in seiner Wohnung in Rahnsdorf besucht haben, auf Befragen gesagt, sie möge sich streng an die Wahrheit halten; sie könne aber die Beantwortung von Fragen ablehnen, von denen sie befürchtet, daß daraus ihrem Manne Nachteile ewachsen müßten.

Der Verhandlungsleiter und auch der Vertreter der Anklage gingen auf Grund dieses Schreibens nunmehr scharf vorwurfsvoll gegen die Angeklagten vor, die bei ihrer Vernehmung über diesen Besuch hätten Mitteilung machen sollen. — Zeugleutnant Schleuder erklärte, er habe mit dem Zeugleutnant Hinst einmal einen Ausflug nach dem Müggelsee unternommen. Dabei seien sie bei Rahnsdorf vorbeigekommen und Hinst habe vorgeschlagen, Frau Brandt zu besuchen. Beide hätten damals noch nicht gewußt, daß Brandt aus der Untersuchungshaft entlassen war. Der Besuch war aber Frau Brandt sehr unangenehm, weil sie befürchten mußte, daß Brandt beobachtet würde und wegen des Besuches nochmals in Haft genommen werden konnte. Sie haben nur über gleichgiltige Dinge gesprochen. Ähnlich äußerte sich der Angeklagte Hinst über den Besuch. Beide hätten übrigens ihre Verteidiger hierüber nicht im unklaren gelassen, und diese hätten durch Handbewegung ihnen zu verstehen gegeben, hierüber zu schweigen, da dies nicht zur Sache gehöre. — Die Verteidiger erklärten dies als ein Mißverständnis. — Die Angeklagten Hoge und Pfeiffer sind mit der Frau Brandt nicht in Verbindung getreten. — Der Anklagevertreter behauptete im weiteren Verlauf der Verhandlungen, daß nicht nur von der militärischen Anklagebank Beeinflussungen vorgenommen worden seien. — Der Angeklagte Tilian gab hierauf noch die Erklärung ab, daß auch er einmal Frau Brandt besucht habe, um sich nach ihrem Befinden zu erkundigen. Er habe hierüber geschwiegen, weil er glaubte, die Vernehmung habe sich nur auf die Zeit nach Brandts Entlassung bezogen. Der Besuch habe aber vorher stattgefunden. über die Affäre sei dabei nicht gesprochen worden. — Zeuge Brandt erklärte noch auf Befragen: andere, insbesondere Zivilpersonen, seien an ihn nicht herangetreten.

Hierauf wurde der Direktor Eccius von der Firma Krupp in Essen als Zeuge vernommen. Er sagte aus, Brandt sei hauptsächlich von Essen nach Berlin versetzt worden, weil der damalige Berliner Vertreter v. Schütz die Firma Krupp nicht genügend über bevorstehende Lieferungen unterrichtet habe. Brandt habe jedoch stets versichert, daß er unlautere Mittel nicht anwende und keinerlei Bestechungen begehe. Es sei für die Firma Krupp wichtig gewesen, die Konkurrenzpreise der Kontrolle halber zu erfahren. In der Hauptsache werden die Preise nach den Herstellungskosten berechnet. Der Zeuge bemerkt auf Befragen, daß gegen ihn auch in dieser Angelegenheit ein Strafverfahren schwebt. Dann bekundete er weiter, er habe einige „Kornwalzen", die Brandt schickte, gelesen und nicht entdecken können, daß sie etwas enthalten, was auf unrechtmäßige Art erlangt worden sei. Verteidiger Dr. Ulrich: Sind Sie der Ansicht, daß die Konkurrenz ebenfalls bemüht war, die Preise anderer Firmen zu erfahren? — Vertreter der Anklage: In einer Zuschrift Ihres Verteidigers, Justizrat von Gordon, haben Sie geäußert, andere Firmen erhalten selbst von höheren Militärbeamten Kenntnis über die Preise ihre Konkurrenz. Womit begründen Sie diese Anwürfe? — Zeuge: Eine Begründung kann ich nicht geben, ich habe aber diese Überzeugung. Die Konkurrenz kennt genau die Preise der Firma Krupp. — Vertreter der Anklage: Halten Sie es nicht für möglich, daß nicht bloß bei den Militärbehörden, sondern auch bei der Firma Krupp neben der geschäftlichen Spionage eine politische Spionage im Interesse einer fremden Macht stattfindet? Es ist doch für eine fremde Macht von Wichtigkeit, zu erfahren, welches Kriegsmaterial geliefert worden ist und welche Waffenkonstruktionen vorhanden sind. Bei der Firma Krupp sind doch zweifellos im Geheimschrank viele derartige Sachen vorhanden. — Zeuge: Die Möglichkeit gebe ich zu. Der Zeuge sagte weiter aus, die „Kornwalzen" stellten Nachrichten dar, die nicht das Ergebnis offizieller Gespräche mit militärischen Persönlichkeiten waren, sondern vielmehr Nachrichtenmaterial enthielten, das auf andere Weise gesammelt worden war. Zeuge wußte nur, daß die „Kornwalzen" von Brandt stammten; er habe aber keine Kenntnis davon gehabt, wie dieser sie erlangt hat. Auf die Frage des Verhandlungsführers, ob in den Berichten, die Brandt geliefert hatte, geheime Sachen enthalten waren, antwortete der Zeuge, daß das Bureau offiziell manchmal noch weit geheimere Sachen lieferte, als Brandt. Die informatorische Tätigkeit zur Erlangung der Konkurrenzpreise sei für Krupp im Jahre 1905 notwendig geworden, als im Reichstage sich eine lebhafte Debatte über die angeblich hohen Preise Krupps für Kriegsmaterial entwickelt hatte. Der Zeuge hat sich keine Bedenken darüber gemacht, ob die Berichte etwa auf unrechtmäßige Weise gewonnen sein konnten; es komme doch auch bei anderen Behörden vor, daß mittlere Beamte geschäftliche Auskünfte wichtiger Natur geben. In keinem Falle habe aber Krupp seine Preise auf Grund der „Kornwalzen" geändert.

Der folgende Zeuge ist der Direktor Draeger. Er bekundete, es schwebe auch gegen ihn ein Strafverfahren; es sei ihm aber von autoritativer Seite gesagt worden, daß eine Anklage gegen ihn nicht erhoben werden soll. Brandt habe ihm wiederholt versichert, daß er keine unlauteren Mittel anwende und keine Bestechungen begehe. Auf die Frage eines Verteidigers, ob der Zeuge einmal geäußert habe, es sei ihm möglich gewesen, auch von höheren Beamten dieselben Nachrichten zu erhalten, antwortete dieser, er habe selbstverständlich nur auf legalem Wege Nachrichten erhalten können. Er sei in Berlin Beamter der Firma Krupp gewesen, um den Verkehr zwischen der Firma und den Behörden aufrecht zu erhalten. Er habe die Konkurrenzpreise niemals erfahren können, er müsse aber sagen, daß die Kenntnis der Konkurrenzpreise der Heeresverwaltung nicht nur nicht Schaden zufügen konnte, sondern im Gegenteil im Interesse der Heeresverwaltung liegen würde. Die Firma habe auch schon früher, noch ehe eine Konkurrenz bestand, die Preise oftmals herabgesetzt, da sich die Preise in der Hauptsache nach den Herstellungskosten richten. Zeuge Draeger bekundete auch, Brandt sei ein sehr tüchtiger, fleißiger und zuverlässiger Beamter gewesen.

Dr. med. Wangemann erklärte, er habe Brandt an einer schweren Kopfverletzung behandelt. Brandt habe durch die Verletzung eine Gehirnerschütterung davon getragen, die er im Attest als Nervenschock bezeichnet habe. Brandt leide infolge des Unfalls stark an Gedächtnisschwäche.

Direktor Mouth von der Firma Krupp: Brandt sei in der Hauptsache nach Berlin versetzt worden, weil der damalige Berliner Vertreter von. Schütz über bevorstehende Lieferungen zu wenig berichtet habe. Es sei für die Firma Krupp von größter Bedeutung, so früh als möglich, wenn angängig schon Monate vorher, von bevorstehenden Lieferungen zu erfahren. Brandt war ein sehr tüchtiger Beamter, der in allem, auch in Technischem, genau Bescheid wußte. Selbstverständlich habe die Direktion ihm gesagt, er dürfe niemals zwecks Erlangung von Nachrichten unlautere Mittel, ganz besonders nicht Bestechungen, anwenden. — Vertreter der Anklage: Wenn eine Firma von der Bedeutung Krupps über Lieferungen etwas erfahren will, so braucht sie das doch nicht auf Hintertreppen zu erfahren. Das wird ihr doch offiziell mitgeteilt werden. — Zeuge: Das ist richtig. Wenn man aber nicht weiß, ob eine Lieferung bevorsteht, ob neue Dinge vorkommen, kann man doch nicht täglich oder allwöchentlich zu den Behörden gehen und fragen: Haben Sie Aufträge für mich?

In der Nachmittagssitzung bekundeten Handelsminister v. Dewitz und Bureauvorsteher Grunwald-Essen, die Kenntnis der Konkurrenzpreise habe der Firma Krupp niemals Veranlassung gegeben, eine Preisänderung zu machen. — Der Vertreter der Anklagebehörde sucht unter Vorweisung eines Schriftstückes, das im Kruppschen Bureau beschlagnahmt worden ist, nachzuweisen, daß doch wohl das rechtzeitige Eintreffen von „Kornwalzen" bei der Preisfestsetzung eine erhebliche Rolle gespielt hat. — Direktor Rausenberger-Essen sagte aus, Brandt habe sehr wertlose Sachen geliefert; das meiste sei in Essen bereits bekannt gewesen. Interesse für Krupp hatte nur die Kenntnis der Beschaffenheit des Materials der Konkurrenz. Im übrigen habe die Behörde vor der Firma Krupp gar nicht so geheimnisvoll getan. Vor einiger Zeit fanden auf dem Schießplatz bei Köln einige Schießversuche mit neuen Geschützen statt. Zu diesen Versuchen wurde ein Vertreter der Firma Krupp offiziell zugezogen. Die Firma hatte infogedessen bedeutend früher von dem Ergebnis der Schießversuche Kenntnis als die Feldzeugmeisterei. — Major Wurtzbacher erklärte, er war früher im Kriegsministerium. Obwohl er sehr vorsichtig war, halte er es für möglich, daß ein Unbefugter Einsicht und Abschriften von den Akten nehmen konnte. Er gab allerdings auch die Möglichkeit zu, daß durch Fahrlässigkeit Geheimnisse aus dem Kriegsministerium in die Oeffentlichkeit gekommen seien. Der Angeklagte Pfeiffer sei ein sehr tüchtiger und zuverlässiger Beamter, bei dem er niemals was Unrechtes vermutet hätte. — Einige Rechnungsräte aus dem Kriegsministerium gaben ebenfalls die Möglichkeit zu, daß durch Fahrlässigkeit Dinge aus dem Kriegsministerium in die Oeffentlichkeit gelangt seien. Geheimer Rechnungsrat Werner berichtete über eine Unterhaltung zwischen Brandt und dem Angeklagten Pfeiffer über den Unterschied von Kanonenrohr und Haubitzrohr.

Eine längere Erörterung fand darauf über den geheimen Charakter der Forderungszettel und des Bestellbuches statt. Der Angeklagte Droese erklärte, daß er sich, als er noch Beamter war, für befugt erachtet habe, diese Dinge mit nach Hause zu nehmen. Er war krank und hatte die Erlaubnis, zu Hause zu arbeiten. Ohne die Forderungszettel und das Bestellbuch hätte er aber nicht arbeiten können. — Angeklagter Hoge bemerkte hierzu noch, die Forderungszettel konnte jeder, der Berechtigung für die Feldzeugmeisterei hatte, einsehen. — Hauptmann Eberling bestritt das und bezeichnete die Forderungszettel und das Bestellbuch als im militärischen Interesse streng geheim. — Hauptmann von Ellert bestätigte diese Gutachten. —

Da nun einige geheime „Kornwalzen" zur Erörterung kommen sollten, wurde die Oeffentlichkeit bei der weiteren Verhandlung ausgeschlossen. Fortsetzung der öffentlichen Verhandlung Montag 9 ¼ Uhr.

Bericht des Parteivorstandes

an den Parteitag zu Jena 1913.

III.

Frauenbewegung.

Das politisch so überaus bewegte Berichtsjahr hat die Frauenbewegung mächtig gefördert. Eine starke Beteiligung der Frauen an den Volks- und Wählerversammlungen wurde aus allen Gegenden des Landes gemeldet. Außerdem fanden viele Frauenversammlungen statt, in denen eigens die Frauen zur eifrigen Teilnahme am preußischen Wahlkampfe aufgerufen wurden. Und in dem Bewußtsein, daß dieser Wahlkampf mehr bedeutet als einen Kampf um einige Mandate, haben die Genossinnen begeistert dem Rufe Folge geleistet. Sie haben sich nicht nur an den Versammlungen, sondern auch

Müllerliebe.

Roman von George Sand.
Deutsch von Heinrich Hesse.

47. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Bei sinkender Nacht — da amüsieren sich die Bewohner eines Weilers am besten auf ihrem Fest. Die Gendarmen, müde vom Nichtstun, machen ihre Pferde allmählich reisefertig. Die Leute aus der Stadt und aus der Umgegend klettern auf ihre Vehikel aller Art und treten die Heimreise an, um die schlechten Wege nicht bei Nacht passieren zu müssen. Die kleinen Händler schnüren die Bündel, und der Pfarrer geht mit einem Amtsbruder, der gekommen ist, um sich den Tanz anzusehen, zum Abendessen, während er vielleicht seufzt — an diesem „sündigen Vergnügen" nicht teilnehmen zu können. Die Ansässigen bleiben also allein auf dem Platze mit einigen Spielleuten, die keinen guten Tagelohn gemacht und ihn durch eine kleine Verlängerung aufzubessern versuchen. Dann kennen sich alle, und einmal im Zuge, entschädigen sie sich dafür, von den Fremden zerstreut, beobachtet und vielleicht verspottet worden zu sein, denn in dem Schwarzen Tale betrachtet man alle als Fremde, die eine kleine Meile weit herkommen. Dann fängt die ganze Bevölkerung des Ortes an zu tanzen, sogar die alten Eltern und Freundinnen, die man am hellen Tage nicht zu zeigen gewagt — selbst die dicke Magd aus der Schenke, die vom frühen Morgen alle Kräfte angestrengt, um ihre Obliegenheiten zu erfüllen, steckt ihre fleckige Schürze auf, um mit altmodischer Anmut das Tanzbein zu schwingen, und sogar der kleine bucklige Schneider, der die jungen Mädchen erröten gemacht, wenn er sie bei Tage umarmt, und der den Mund bis zu den Ohren aufriß und behauptete, im Dunkeln seien alle Katzen grau.

Rosa war des Schmollens müde — als die Verwandten fort waren, wandelte sie von neuem die Lust an, sich zu belustigen. Doch bevor sie aufs Fest zurückkehrte, wollte sie nach der kranken Schwester sehen, die den ganzen Tag unter der Obhut der dicken Franziska geschlafen. Leise trat sie in ihre Kammer und fand sie wach — sie saß aufrecht im Bett, mit nachdenklicher Miene und fast ruhig. Zum erstenmal seit langer Zeit wagte Rosa, ihre Hand zu berühren und nach ihrem Befinden zu fragen, und zum erstenmal seit zwölf Jahren zog die Irre ihre Hand nicht zurück und wandte ihr Gesicht nicht verdrießlich der Wand zu.

„Gutes Schwesterchen, meine liebe Brikoline," wiederholte Rosa kühn und fröhlich, „fühlst du dich besser?"

„Ich fühle mich wohl," antwortete die Irre mit kurzer Stimme. „Als ich wach wurde, habe ich gefunden, was ich seit vierunfünfzig Jahren suchte."

„Und was suchtest du, Liebling?"

„Ich suchte die zärtliche Liebe!" gab die Brikoline in seltsamem Tone zur Antwort, indem sie mit geheimnisvoller Miene einen Finger an die Lippen legte. „Überall habe ich sie gesucht: in dem alten Schloß, im Garten, an der Quelle, in dem Hohlwege, und besonders im Wäldchen! Aber ach, Rosa . . . sie ist nicht da, und du selbst suchst sie vergeblich. In einem großen Keller unter diesem Hause haben sie sie verborgen, und unter den Ruinen wird man sie eines Tages finden. Das ist mir im Schlafe gekommen, denn im Schlafe denke und suche ich noch immer. Sei ruhig, Rosa, und laß mich allein . . . Heute nacht, nicht später als heute nacht, werde ich die Liebe finden und dir davon mitgeben. Und dann sind wir so reich! . . . Heutzutage, wie der Gendarm sagt, der hier ist, um uns zu bewachen, sind wir so arm, daß niemand von uns wissen will. Aber morgen, Rosa, nicht später als morgen, sind wir beide verheiratet. Ich mit Paul — er ist König von Algier geworden. Und du mit dem Manne, der Säcke mit Korn trägt und dich immer ansieht. Er soll mein erster Minister werden, und es wird sein Amt sein, diesen Gendarmen an einem kleinen Feuer langsam zu verbrennen — er, der immer dasselbe sagt und uns soviel hat leiden lassen. Aber sei du still und sprich mit niemand darüber. Es ist ein großes Geheimnis, und das Schicksal des Krieges in Afrika hängt davon ab."

Dieses verworrene Gerede entsetzte Rosa sehr, und in der Furcht, sie noch mehr zu erregen, wagte sie ihrer Schwester nichts mehr zu sagen. Sie wollte sie nicht verlassen, bevor der Arzt, den man zu dieser Stunde erwartete, gekommen wäre, und sie vergaß sogar die Tanzlust und blieb nachdenklich neben dem Bett der Irren sitzen — mit geneigtem Kopf, die Hände über den Knien gekreuzt und das Herz erfüllt von tiefster Traurigkeit. Es bestand ein auffälliger Gegensatz zwischen diesen beiden Schwestern — die eine so schrecklich verheert von Leiden, so widerwärtig in ihrer hilflosen Lage, so ganz sich selbst überlassen; die andere so schön, glänzend vor Frische und Schönheit. Und doch waren ihre Züge nicht ohne alle Ähnlichkeit — beide trugen das Leid einer unglücklichen Liebe in der Brust und beide waren traurig und ernst. Die am wenigsten niedergeschlagene war die Irre, die in ihrem Kopfe Hoffnungen und phantastische Pläne schmiedete.

Der Arzt traf sehr pünktlich ein. Er prüfte die Irre mit jener Art von Apathie eines Mannes, der in einem schon seit langem aufgegebenen Fall nichts mehr zu hoffen, nichts mehr zu versuchen hat.

„Der Puls ist derselbe," konstatierte er. „Es ist kein Wechsel eingetreten."

„Verzeihen Sie, Herr Doktor," bat Rosa, ihn zur Seite ziehend. „Seit gestern abend ist ein Wechsel eingetreten. Sie schreit, sie schläft und spricht anders wie gewöhnlich. Ich versichere Ihnen, in ihr geht eine große Veränderung vor sich. So sucht sie heute abend ihre Ideen zu sammeln und zu prüfen, obgleich es Gedanken des Wahnsinns sind. Ist dies schlimmer oder besser als ihre gewöhnliche Niedergeschlagenheit? Wie denken Sie darüber?"

„Ich denke nichts", antwortete der Arzt. „In dieser Art von Krankheiten kann man sich auf alles gefaßt machen, doch nichts voraussehen. Ihre Familie hat unrecht daran getan, nicht die nötigen Opfer zu wagen und sie in einer jener Anstalten zu bringen, wo Leute der Wissenschaft sich speziell mit Ausnahmefällen beschäftigen. Ich . . . . ich habe mich nie gerühmt, sie zu heilen und denke, selbst die Geschicktesten könnten heute nicht dafür einstehen. Es ist zu spät. Alles was ich wünsche — möge ihre Einsamkeit und Schweigen liebende Manie nicht in Wut ausarten. Vermeiden Sie es, ihr Widerstand zu leisten, und regen Sie sie nicht zum Sprechen an, damit ihre Gedanken sich nicht auf den gleichen Gegenstand richten."

„Ach" seufzte Rosa, „ich wage Ihnen nicht zu widersprechen. Oh doch . . . . . es ist so entsetzlich, stets allein zu leben, zum Schrecken aller Welt! Wenn sie endlich einige Sympathie, einiges Mitleid sucht — darf man diesem Bedürfnis der Liebe ein eisiges Schweigen entgegensetzen? — Wissen Sie, was sie mir soeben sagte? Sie sagte, seitdem sie irrsinnig ist — sie behauptet, es sei vierundfünfzig Jahre her — wäre sie damit beschäftigt, die zärtliche Liebe zu suchen. Armes Mädchen . . . . . es ist gewiß, sie hat sie kaum gefunden."

„Und sie sagte das in vernünftigen Worten?"

„Ach nein . . . . sie verwirrte alles mit entsetzlichen Ideen und schrecklichen Drohungen."

„Sie sehen wohl, daß diese Ergüsse in ihrem Wahne weit gefährlicher als heilsam sind. Lassen Sie sie allein, glauben Sie mir, und wenn sie hinausgehen will, so sorgen Sie, daß man sie in ihren Gewohnheiten nicht belästigt. Es ist die einzige Möglichkeit, ein Wiederkommen der Krise von gestern abend zu verhindern."

Rosa gehorchte nur ungern. Doch Marcella, die sich auf ihr Zimmer zurückzuziehen wünschte, um zu schreiben, und ihre Gefährtin traurig und bedrückt sah, beschwor sie, hinzugehen und sich zu zerstreuen und versprach ihr, sie beim ersten Schrei, beim ersten Zeichen der Erregung ihrer Schwester durch das kleine Aennchen zu benachrichtigen. Uebrigens war auch Frau Brikolin im Hause beschäftigt, und die Großmütter drängte Rosa, doch zu kommen und vor dem Abschluß des Festes noch einmal vor ihren Augen zu tanzen.

„Bedenke", sagte sie, „ich zähle jetzt die Festtage, denn ich sage mir alljährlich, daß ich das nächste vielleicht nicht erleben werde. Ich muß dich heute noch einmal tanzen sehen,

bei der so wichtigen Kleinagitation und bei allen wahltechnischen Arbeiten sehr rege und fleißig beteiligt. An den erfochtenen Siegen haben also auch sie guten Anteil. Von der preußischen Parteileitung wurde ein Flugblatt, das sich an die Frauen wandte, und in der Sozialdemokratischen Frauenbibliothek eine Broschüre: „Die Frauen und der preußische Landtag" zur Unterstützung des Wahlkampfes herausgegeben.

In die Zeit des preußischen Wahlkampfes, gleichsam als Auftakt seines Ringens, fielen auch die Frauenversammlungen, die anläßlich des internationalen sozialdemokratischen Frauentages in Deutschland stattfanden. Auch sie haben dem Wahlkampf neue Impulse gegeben. Da mehrere Tage für diese Versammlungen vorgesehen waren, konnte man diesmal eigentlich von einer Frauenwahlrechtswoche reden. Von Jahr zu Jahr ist die Zahl der Frauen größer geworden, die mit klarem, starkem Wollen und hoher Begeisterung den Kampf um das volle Bürgerrecht des Weibes führen. Die große Revolutionär[illegible], die unaufhaltsam fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung, die Scharen um Scharen proletarischer Frauen dem kapitalistischen Arbeitsprozeß einreiht, hämmert durch die Wandlung ihrer Existenzbedingungen den Frauen immer stärker die Erkenntnis ein, daß ihre politische Rechtlosigkeit ein bitteres Unrecht, eine schwere Schädigung und eine empörende Demütigung zugleich für sie bedeutet. Und unsere nie ermüdende Agitationsarbeit schmiedet alsdann diese Erkenntnis zu einem zielklaren festen Wollen, das zu einem mutigen Handeln innerhalb unserer Bewegung sich gestaltet.

Nachdem Parteivorstand und -Ausschuß sich über die Abhaltung der Versammlungen zum Frauentag geeinigt, erfolgte wie seither die Propaganda durch Zirkular an die Bezirksleitungen, durch Artikel in der Partei- und Gewerkschaftspresse und durch die Verbreitung eines besonderen Flugblattes. Eine reich illustrierte 16seitige Wahlrechtszeitung brachte neben einem Artikel, der die Bedeutung des Tages würdigte, vorwiegend Arbeiten, in denen Leben und Wirken einer Anzahl deutscher und ausländischer Vorkämpfer und Vorkämpferinnen für das Frauenwahlrecht beleuchtet wurde. Daß den Versammlungen des internationalen Frauentages vor allem auch eine starke Werbekraft für unsere Parteiorganisation innewohnt, wird nur zum kleinen Teil erwiesen durch die Zahlen neugewonnener Mitglieder. Der reiche Samen sozialistischer Anschauungen, der überall auf fruchtbaren Boden fiel, kann eben nicht statistisch erfaßt werden. In recht vielen Kreisen waren die Veranstaltungen zu prächtigen sozialdemokratischen Demonstrationen geworden. War auch die Zahl der Versammlungen kleiner als in den Vorjahren, weil beschlossen worden, daß nur in den Städten und größeren Industrieorten solche stattfinden sollten, so waren doch die Wucht der Demonstration und die Zahl der Teilnehmer nicht geringer als seither und das, obgleich im letzten Jahr eine politische Veranstaltung die andere drängte und schier eine Überlastung mit Versammlungen eingetreten war.

Eine sehr gute Beteiligung der Frauen an der Maifeier wurde im letzten Jahre gemeldet. Diese trat besonders stark hervor in den Orten, die ihre Feier durch einen Demonstrationszug krönten. Als besondere Frauengruppen der Partei und Gewerkschaften nahmen sie teil.

Außerdem haben natürlich noch sehr viele Versammlungen stattgefunden, die ganz allgemein der Aussaat sozialistischer Ideen unter den Frauen und ihrer Gewinnung für die Partei dienten. Im ganzen wurden vom Vorstand für 42 Agitationstouren und einige hundert Einzelversammlungen Referentinnen vermittelt. Diese Zahlen geben natürlich bei weitem kein Gesamtbild der entfalteten Agitation unter den Frauen. Es fehlt die Angabe über die sehr umfangreiche agitatorische Tätigkeit der Genossinnen in ihren eigenen Bezirken und es fehlen die Touren, zu denen die Bezirks- und Kreisleiter selbst die rednerischen Kräfte gewonnen haben.

In der ersten Sitzung des Parteiausschusses ist die Frage der Frauenagitation eingehend behandelt worden. Nach lebhafter Diskussion stimmte der Ausschuß den Vorschlägen des Vorstandes zu, daß nach wie vor das Hauptgewicht unserer Agitation ganz allgemein auf die Gewinnung des weiblichen Proletariats zu legen sei, daß daneben aber auch, je nach dem Stande der Bewegung in den einzelnen Bezirken, eine besondere Agitation zur Gewinnung sozialer Frauengruppen, die bisher zwar nicht absichtlich übergangen, jedoch von der allgemeinen Agitation nicht so recht erfaßt, von Nutzen sein werde. Agitationsmaterial wird nach Bedarf vom Vorstand zur Verfügung gestellt werden.

Empfohlen wurde ferner, zur Schulung der Frauen für ihre ehrenamtliche Tätigkeit in den Gemeinden möglichst Kurse einzurichten. In einem Bezirk ist seitdem bereits so verfahren. Die Zahl der in den Gemeinden tätigen Frauen nimmt langsam, jedoch stetig zu.

Die erfolgte Aussprache beschäftigte sich außerdem noch mit dem Frauentag, mit der Anstellung von Parteisekretärinnen und mit den Aufgaben der Bezirksfrauenkonferenzen.

Im verflossenen Jahre haben 16 Bezirksfrauenkonferenzen getagt, die sämtlich vom Vorstand beschickt waren. Sie haben wesentliches zur Förderung der Frauenbewegung beigetragen. Einberufen und geleitet von den Bezirksvorständen, fügen sie sich fest ein in den Rahmen der Organisation und befestigen bei Männern und Frauen der Partei das Bewußtsein von der Notwendigkeit der gemeinsamen Arbeit in der Organisation und für sie. Ueberall, wo die Konferenzen stattgefunden, sind Leitung und Teilnehmer restlos darin einig, daß sie ein sehr wirksames Mittel sind, leichter und gründlicher alle die Hemmnisse zu überwinden, die der Gewinnung und Schulung der Proletarierinnen zur politischen Betätigung entgegenstehen. Werden hier die Agitations- und Schulungsmethoden unter weitestgehender Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse besprochen, so erhalten die weiblichen Funktionäre Richtlinien für ihre Tätigkeit, und indem ihrer Initiative ein gewisser Spielraum gelassen wird, erhöht sich in weitem Maße ihre Arbeitsfreudigkeit. Erfreulicherweise waren die Konferenzen meistens außer von den Bezirksleitungen und den weiblichen Delegierten von den Kreisvorsitzenden besucht, so daß alle Kreisleitungen sofort informiert waren und natürlich auch lebhaft an den Debatten sich beteiligten. Wo im Anschluß an die Konferenzen Agitationstouren stattfanden, unter Beobachtung der hier besprochenen Methoden, haben die Erfolge ihren Wert erwiesen.

Die Bedeutung, die fast überall den Diskussions- und Leseabenden beigemessen wird, geht hervor aus dem fast allerorts vorhandenen Bestreben, die bestehenden Einrichtungen auszubauen, ferner aus der Tatsache, daß ihre Zahl beständig wächst. Zu Hunderten wurde im letzten Jahr der Leitfaden verlangt, den der Parteivorstand vor zwei Jahren herausgegeben hat, und ein Broschürchen, in dem Leitung und Methode des Unterrichts besprochen wird, ist in Arbeit. Es wird gewiß nie allen oder auch nur dem größten Teil der Teilnehmerinnen möglich werden, die dort gewonnene Erkenntnis — einerlei, ob es sich um politische Tagesfragen handelt, oder um den Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung und der hier am Werke schaffenden und treibenden Kräfte — mündlich oder schriftlich klar zum Ausdruck zu bringen. Sicher ist jedoch, daß die in den Schulungsabenden vermittelte Erkenntnis uns innerlich gefestigte Anhängerinnen schafft, deren Tätigkeit in der Bewegung der Ausfluß ihrer Anschauungs- und Erkenntnisweise sein wird. In dieser Tatsache beruht der große Wert der Leseabende, deren wir gegenwärtig 162 besitzen. Daneben mehrt sich erfreulicherweise die Zahl der Orte, die besondere Kurse zur Schulung der fortgeschrittenen Genossinnen und der weiblichen Funktionäre einrichten. Zwei Genossinnen besuchten mit gutem Erfolg die Parteischule.

Der besonderen schriftlichen Agitation unter den Frauen dienen neben den Artikeln und den Frauenbeilagen der Parteipresse die Artikel und Notizen der Agitationskalender, insbesondere jedoch die „Gleichheit". Da diese als Obligatorium für die weiblichen Mitglieder der Partei in den meisten Bezirken eingeführt ist, so steigt die Zahl der Leser in eben dem Maße, in dem sich unsere weiblichen Mitgliedschaften vergrößern. Gegenwärtig ist die Abonnentenzahl 112 000.

An Flugblättern sind im Berichtsjahre verbreitet:

„Frauen heraus! — Auf zum Kampf für Eure Staatsbürgerrechte!"

„Preußische Frauen heraus! — Hinein in den Wahlkampf!"

„Frauen und Männer des arbeitenden Volkes! — Auf zum Kampfe gegen die Teuerung!"

„An die deutschen Frauen! — Eine Polemik gegen ein Reichsverbandsflugblatt."

Außerdem wurden zwei Bezirken auf ihren Wunsch besondere, die örtlichen Verhältnisse berücksichtigende Flugblätter geliefert.

Die sozialdemokratische Frauenbibliothek hat eine erfreuliche Erweiterung erfahren. An Broschüren sind bis jetzt erschienen und im Berichtsjahre abgesetzt:

1. Die Frauen und der politische Kampf
2. Die Frauen und die Gemeindepolitik.
3. Kinderarbeit, Kinderschutz und die Kinderschutzkommissionen.
4. Die Entwicklung der Frauenarbeit in Württemberg.
5. Die Frauen und der preußische Landtag.
6. Die Frauen und die Gewerkschaftsbewegung.

Außerdem ist eine kleine Agitationsbroschüre: Bist Du eine der Unserigen? in vielen Tausenden von Exemplaren verbreitet und besonders bei der Hausagitation verwendet worden.

Die planmäßige Mitarbeit der Genossinnen in der Organisation ist als eine gute zu betrachten. In 228 Kreisen nehmen Frauen als Vorstandsmitglieder an der Leitung teil und in den meisten Bezirksleitungen sind sie gleichfalls vertreten.

Von besonderer Bedeutung ist die Tätigkeit der Frauen in den Kinderschutzkommissionen. Nachdem die vom Vorstand herausgegebene Broschüre über die Aufgaben der Kinderschutzkommissionen allen Bezirksleitungen zugegangen, haben viele der Kommissionen ihre Tätigkeit nach den dort gegebenen Anleitungen erweitert und außerdem sind erfreulicherweise in 67 Orten Neugründungen erfolgt, so daß zurzeit in 202 Orten Kommissionen bestehen. Da die erwähnte Broschüre alles Wesentliche über die Tätigkeit dieser Kommissionen enthält, ist hier von einem näheren Eingehen auf sie abgesehen. Notwendig ist jedoch, daß in noch erhöhterem Maße als seither das gesammelte Material propagandistisch und legislativ nutzbar gemacht wird.

Dringend erwünscht ist auch eine stärkere Beteiligung der Genossinnen an der Jugendbewegung. Die Anteilnahme der weiblichen Jugend an der Bewegung bleibt noch weit hinter jener der männlichen zurück. Der Einfluß der Frauen wird sicherlich recht vieles vermögen, um sowohl der wirtschaftlichen Hemmnisse, die zu überwinden sind, Herr zu werden, als auch jene philisterhaften Anschauungen auszurotten, die heute in hohem Maße dazu führen, die weibliche Jugend von unseren Bestrebungen fernzuhalten. Auf diesem Gebiete gilt es noch manches Vorurteil auszurotten. In Schlesien ist die Anstellung der ersten Sekretärin durch den Vorstand erfolgt. Am Niederrhein erfolgte die Anstellung durch die Bezirksleitung. Am Oberrhein ist eine agitatorisch befähigte Genossin als Hilfskraft im Bezirksbureau tätig und in Hamburg wirkt eine Genossin im Kreissekretariat. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg von 130 371 auf 141 115. Im Jubiläumsjahr kann also die Partei von einer kräftig aufblühenden Frauenbewegung berichten.

Jugendbewegung.

Mit einer Schärfe und Skrupellosigkeit wie nie zuvor wurde in der Berichtszeit der Kampf der bürgerlichen Parteien um die heranwachsende Generation der Arbeiterklasse geführt. Er wurde geschürt von den Organen des Staates und der Gemeinde, die in unerhört ungerechter und maßloser Weise die bürgerlichen Jugendvereine mit Mitteln aus dem Allgemeinbesitz unterstützten und förderten. Wurden so die bürgerlichen Vereine auf Kosten der Steuerzahler gekräftigt und ausgerüstet, um den Jugendlichen größere materielle Vorteile bieten zu können, als die proletarische Jugendbewegung es vermöchte, die von allen behördlichen Vergünstigungen ausgeschlossen ward, so bemühten sich überdies die Behörden, die mühsam getroffenen Veranstaltungen der freien Jugendbewegung mit brutalen Mitteln zu zerstören. Versammlungen wurden für politisch erklärt und verhindert, ehe sie begonnen hatten. Gesellige Veranstaltungen und Feste wurden zu politischen Versammlungen umgedichtet, um in Auslegung des „liberalen" Reichsvereinsgesetzes den Jugendlichen die Beteiligung verbieten zu können. Selbst an den Pforten der Jugendheime, die von bürgerlichen Kritikern als mustergültig bezeichnet wurden, machte die Zerstörungswut der „Ordnungs"organe nicht halt. In dem Kriege zur Vernichtung der von der Arbeiterschaft errichteten Einrichtungen für die Jugend haben sich den Polizeiorganen auch die Schulbehörden freundschaftlichst an die Seite gestellt. Mit Hilfe der Schulordnungen wurde Fortbildungsschülern die Teilnahme an Vereinen und Versammlungen, auch unpolitischen, sowie an Festen verboten.

So war die Situation, in der die Funktionäre der proletarischen Jugendbewegung zu arbeiten hatten. Trotzdem können wir freudig konstatieren: die proletarische Jugendbewegung hat sich in dem Kampfe um und gegen die Jugend glänzend behauptet!

Der Fortschritt läßt sich am deutlichsten an dem Abonnentenstande der „Arbeiter-Jugend" ermessen. Er ist von 80 086 auf 89 409 gestiegen. In mehr als 560 (471)* Orten hat die Zeitung Eingang gefunden.

Jugendausschüsse bestehen in 655 (574) Orten. Ueber ihre Tätigkeit haben 409 (341) an die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands berichtet. Aus ihrem aus-

* Die Ziffern in Klammern sind die des Vorjahres.

---

sonst würden mir nur traurige Gedanken bleiben und ich müßte glauben, das brächte mir Unglück."

Rosa hatte noch keine drei Schritte getan, als sie Ludwig auch schon an ihrer Seite sah.

„Fräulein Rosa", redete er sie an, „hat Ihr Papa nichts über mich gesagt?"

„Nein. Im Gegenteil — er hat mir heute morgen fast befohlen, mit dir zu tanzen."

„Aber .... seit heute morgen?"

„Ich habe ihn kaum gesehen. Er hat fast nichts mit mir gesprochen. Er scheint von Geschäften sehr in Anspruch genommen zu sein."

„Nun, Ludwig", sagte die Großmutter, „du führst Rosa nicht zum Tanz? Siehst du denn nicht, wie große Lust sie hat?"

„Ist das wahr, Rosa?" fragte der Müller, die Hand des jungen Mädchens ergreifend. „Wollen Sie Lust haben, heute abend noch mit mir zu tanzen?"

„Gar zu gern möchte ich tanzen", antwortete sie mit ziemlich scharfer Anzüglichkeit.

„Sollte es ein anderer sein, als ich, den Sie wünschen", sagte Ludwig, indem er Rosas Arm auf sein heftig klopfendes Herz drückte, „so sagen Sie es nur, ich werde ihn holen."

„Das soll vielleicht heißen, Sie wünschen es nicht selbst zu sein?" antwortete das boshafte Mädchen und blieb stehen.

„Was denkst du?!" schrie der Müller auf, vor Liebe ganz außer sich. „Nun, du sollst sehen, ob ich heiße Beine habe."

Und er zog — er trug sie fast fort mitten unter die Tanzenden, wo sie schon nach einem kurzen Augenblick ihre Unruhe und allen Kummer vergessen hatten und den Rasen leicht streiften, indem sie sich ein wenig fester bei der Hand faßten, als der Tanz es eigentlich erforderte.

Aber dieser bezaubernde Tanz war noch nicht zu Ende, als Brikolin, der auf diesen Augenblick gewartet, um den Schimpf vor dem ganzen Dorfe noch größer zu machen, mitten unter die Tanzer stürzte und den Dudelsack, der seine Stimme übertönt hatte, mit einer Handbewegung zum Schweigen brachte:

„Mein Kind!" rief er aus, indem er Rosas Arm ergriff, „du bist ein anständiges und achtbares Mädchen. Tanze also nicht mehr mit Leuten, die du nicht kennst!"

„Fräulein Rose tanzt mit mir, Herr Brikolin!" antwortete Ludwig lebhaft.

„Eben deshalb verbiete ich es ihr, wie ich Euch verbiete, sich weder zu erlauben, sie einzuladen, noch sie anzureden, noch jemals meine Türschwelle zu überschreiten, noch ...."

Die Donnerstimme des Pächters erstickte in dieser übermäßigen Beredsamkeit, und als der Zorn ihn hilflos stammeln ließ, stieß Ludwig ihn an.

„Herr Brikolin", sagte er, „Sie sind der Herr, und als Vater können Sie Ihrer Tochter befehlen. Sie sind der Herr und können mir Ihr Haus verbieten. Nicht aber dürfen Sie sich erlauben, mich öffentlich zu beschimpfen, bevor Sie mir unter vier Augen Erklärungen gegeben."

„Ich bin der Herr und kann alles tun, was ich will!" entgegnete Brikolin aufgebracht. „Und einem schlechten Subjekt kann ich alles sagen, was ich von ihm denke."

„Zu wem sagen Sie das, Herr Brikolin?" fragte Ludwig, dessen Augen Blitze sprühten. Denn obwohl er sich schon beim Kommen dieser Szene gesagt: „Da wären wir ja so weit. Bis zu einem gewissen Grade habe ich es verdient!" so war es ihm doch unmöglich, einen solchen Schimpf geduldig hinzunehmen.

„Ich sage es zu dem, auf den es paßt!" antwortete Brikolin stolz, im Grunde aber doch ein wenig eingeschüchtert.

„Wenn Sie den eigenen Hut meinen, so liegt mir wenig daran!" versetzte Ludwig, der sich zu mäßigen versuchte.

„Seht doch nur einmal diesen Tollkopf!" rief Brikolin, indem er sich an die Gruppe Neugieriger wandte, die sich um ihn drängte. „Sieht es nicht aus, als wollte er mich beschimpfen, weil ich ihm verbiete, mit meiner Tochter zu sprechen? Habe ich nicht ein Recht dazu?"

„Ja, ja, Sie haben vollkommen recht", versetzte der Müller, der sich bemühte, fortzugehen. „Aber nicht, ohne mir den Grund zu sagen, um den ich Sie fragen werde, wenn Sie kaltes Blut haben — und ich auch."

„Du willst mir drohen, Unglücklicher?" schrie Brikolin aufgeregt. Und die Versammelten als Zeugen anrufend: „Er droht mir!" fügte er in hochtrabendem Tone hinzu, und als wollte er den Beistand seiner Kunden und Bediensteten gegen einen gefährlichen Menschen anrufen.

„Gott behüte, Herr Brikolin!" entgegnete Ludwig achselzuckend. „Sie verstehen mich nicht ...."

„Und will dich auch nicht verstehen. Einen undankbaren Menschen und falschen Freund brauche ich nicht anzuhören.... Ja", fügte er hinzu, als er sah, daß dieser Vorwurf dem Müller mehr Kummer als Zorn verursachte, „ich sage dir, du bist ein falscher Freund — ein Judas!"

„Ein Judas ....? Nein, ich bin kein Jude, Herr Brikolin."

„Davon weiß ich nichts", behauptete der Pächter, der jetzt kühner wurde, wo sein Gegner schwach zu werden schien.

„Ah, sachte, wenn es Ihnen beliebt", versetzte Ludwig in einem Tone, der ihm den Mund stopfte. „Nur keine groben Worte! Ich achte Ihr Alter, ich achte Ihre Mutter und auch Ihre Tochter — mehr vielleicht als Sie selbst. Aber ich stehe nicht für mich ein, wenn Sie in Ihren Worten zu weit gehen. Ich würde sonst zeigen können, daß, wenn ich ein kleines Unrecht begangen, Sie ein recht großes auf dem Gewissen haben. Schweigen Sie, Herr Brikolin, damit kommen wir weiter, als wir wollen. Ich werde gehen und mit Ihnen sprechen, und Sie werden mich verstehen."

„Du wirst nicht kommen! Wenn du dich unterstehst, zu mir zu kommen, werfe ich dich schändlich hinaus!" schrie Brikolin, als er sah, wie der Müller sich mit großen Schritten entfernte und schon außer Hörweite war. „Du bist nur ein Elender, ein Betrüger, ein Intrigant!"

Bleich und starr vor Schrecken, war Rosa bis dahin am Arme ihres Vaters unbeweglich geblieben. Jetzt aber regte sich ihre Energie plötzlich in einem Maße, dessen sie sich einen Augenblick vorher nicht fähig geglaubt.

„Papa", sagte sie, indem sie ihn mit Gewalt von der Menge fortzog, „du bist in Wut und sagst, was du gar nicht denkst. In der Familie muß man sich aussprechen, und nicht vor allen Leuten. Was du da tust, ist sehr zu meinem Nachteil, und du bist kaum besorgt, mich geachtet zu machen."

„Du .... du ....?" sagte der Pächter erstaunt, und wie besiegt von dem Mute seiner Tochter. „Kein Wort wendet sich gegen dich — nichts kann loses Geschwätz über dich erregen. Ich hatte dir erlaubt, mit diesem Unglücksmenschen zu tanzen, und fand es sehr anständig und natürlich wie alle andern auch. Ich wußte nicht, daß dieser Mensch ein Schurke war, ein Verräter, ein ...."

„Alles, was du willst, Vater, aber jetzt laß es genug sein!" sagte Rosa, indem sie seinen Arm schüttelte mit der Gewalt eines eigensinnigen Kindes. Und es gelang ihr, ihn nach dem Gutshofe mit sich fortzuziehen.

XXIX.

Frau Brikolin war nicht darauf gefaßt, ihre Leute schon so bald heimkehren zu sehen. Ihr Mann hatte ihr befohlen, im Hause zu bleiben, ohne ihr den Skandal zu verraten, den er vorhatte — er wollte nicht, daß sie käme und der Majestät seines öffentlichen Auftretens Schaden zufüge durch Schimpfen und Schreien. Als sie ihn daher eintreten sah, purpurrot vor Zorn, außer Atem und dumpf grollend — Rosa am Arm nachschleppend, sehr lebhaft und auch sehr bedrückt und mit dicken Tränen in den Augen, die sie nicht zurückzuhalten vermochte, während die Großmutter ihnen folgte, die Hände mit bestürzter Miene faltend — als sie ihn so eintreten sah, wich sie überrascht zurück und hob das Wachslicht in die Höhe um ihnen ins Gesicht zu leuchten.

„Aber was gibt es denn?" fragte sie. „Was ist denn nur passiert?"

„Mein Sohn hat großes Unrecht, und spricht ohne Verstand", gab Mutter Brikolin zur Antwort, indem sie sich auf einen Stuhl fallen ließ. (Fortsetzung folgt.)

führlichen Jahresbericht entnehmen wir die folgenden Angaben:

Jugendheime existieren in 291 (208) Orten. 196 (170) Heime haben nur einen Raum, 61 (45) zwei, 21 (16) drei, 17 (9) vier, 1 (3) fünf, 2 (0) sechs und 2 (0) sieben Räume. 186 Heime stellen Vereinszimmer von Wirtschaften dar. In allen Heimen, auch in denen der Wirtschaften, ist der Genuß von Alkohol und Tabak nicht erlaubt. Die jährliche Miete beträgt in 176 (167) Orten 45 010,60 Mk. (40 227,60 Mk.) In 171 (143) Heimen sind Bibliotheken vorhanden, die insgesamt 36 681 (31 852) Bände umfassen.

Bildungsveranstaltungen wurden getroffen:

Art der Veranstaltung	Anzahl	Teilnehmer		Insgesamt
		Jugendliche	Erwachsene	
Einzelvorträge . . .	3309	119 737	14 549	134 286
im Vorjahr	(3474)	(133 080)	(9 898)	(142 978)
Künstl. Veranst. u. Feste	2405	89 347	59 471	148 818
im Vorjahr	(1648)	(126 381)	(62 494)	(188 875)
Führung d. Museen usw	672	16 919	2 993	19 912
im Vorjahr	(390)	(10 410)	(1 064)	(11 474)
Wanderungen	3630	78 317	—	—
im Vorjahr	(4830)	(153 616)	—	—

Außerdem fanden 206 (103) Vortragsreihen und Kurse statt. Ihre Dauer schwankte zwischen 3 und 20 Abenden. An den Kursen, die von den örtlichen Bildungsausschüssen abgehalten wurden, durften sich die Jugendlichen fast überall unentgeltlich beteiligen.

Eigene Jugendbibliotheken bestehen außer den in den Jugendheimen in 76 (69) Orten, die zusammen 18 090 (8891) Bände aufweisen. Einschließlich der 171 Bibliotheken in den Jugendheimen gibt es somit 274 (212) Jugendbibliotheken mit 54 771 (40 703) Bänden.

Zur Pflege des wirtschaftlichen Jugendschutzes, die überall in Gemeinschaft mit den Arbeitersekretariaten und Gewerkschaften betrieben wurde, sind in 49 (30) Orten besondere Jugendschutzkomission eingesetzt worden.

Die Bezirksleitungen, deren Aufgabe es war, die Jugendausschüsse in ihrer Agitations- und Bildungsarbeit zu unterstützen, haben sich von 26 auf 30 vermehrt. 25 (16) Bezirksleitungen haben über ihre Tätigkeit der Zentralstelle berichtet. Sie veranlaßten 328 Versammlungen, vermittelten 438 (252) Vorträge, hielten 198 (155) Sitzungen und 44 (22) Konferenzen ab. 6 (6) Bezirksleitungen gaben 8 (6) verschiedene Flugblätter heraus, die in 131 200 (77 200) Exemplaren verbreitet wurden. Für die Ausbildung von Funktionären fanden 19 Konferenzen und Kurse statt.

Die Zentralstelle war eifrigst bestrebt, die Funktionäre der proletarischen Jugendbewegung mit Rat und Tat zu unterstützen. Ihr schriftlicher Verkehr mit den Ausschüssen zeitigte 4245 (4032) Postausgänge. Es wurden vier neue Flugblätter herausgebracht. Ein Flugblatt dient der Propaganda für die „Arbeiter-Jugend", ein anderes wendet sich gegen den Bund „Jung-Deutschland", den Kriegerverein der Jungen, das dritte richtet sich im besonderen an die junge Arbeiterin und das vierte: „Die wahren und die falschen Freunde der arbeitenden Jugend" klärt die Jugendlichen über die wahren Zwecke der sogenannten staatlichen Jugendpflege auf. Die vier Flugblätter wurden in 414 000 Exemplaren verlangt. Ferner wurden von den sechs älteren Flugblättern noch 277 000 Exemplare verteilt. Insgesamt wurden also 691 000 (466 000) Flugblätter abgegeben. Außerdem gelangten von der Agitationsbroschüre „Gehörst Du zu uns?" 23 575 Exemplare und von der „Arbeiter-Jugend" 32 000 Probenummern zur Verteilung. Der Jugendalmanach „Jungvolk" hat eine gute Aufnahme gefunden. 27 120 Exemplare wurden abgesetzt. „Jungvolk" soll in jedem Jahre als eine Weihnachtsgabe an die Jugend in neuer Ausgabe erscheinen. Von der bekannten Schrift: Lamszus, „Das Menschenschlachthaus", wurde eine billige aber ungekürzte Ausgabe in 20 000 Exemplaren zum Preise von 30 Pfg. das Stück (in der gewöhnlichen Ausgabe kostet die Schrift 1 Mk.) veranstaltet. Auch die Schriften, die in den früheren Jahren erschienen sind, wurden viel verlangt, allein das Jugendliederbuch in 22 223 Exemplaren.

Eine besondere Aufmerksamkeit ist der Ausbildung von Funktionären geschenkt worden. Außer der schriftlichen Belehrung durch das nach Bedarf herausgegebene Rundschreiben und die selbständigen Schriften, hat die Zentralstelle einen Ausbildungskursus für Jugendliche eingerichtet. Er fand zum ersten Male im Oktober in Berlin statt. 32 Funktionäre aus verschiedenen Bezirken Deutschlands wurden in einer Woche in allen Fragen der Jugendbewegung theoretisch und praktisch unterwiesen. Dem einmütigen Wunsche der Teilnehmer folgend, hat die Zentralstelle den Kursus zu einer ständigen Einrichtung gemacht. Die erste Wiederholung fand im Mai dieses Jahres statt.

Die Ausgaben der Zentralstelle betrugen 13 929,34 Mk. (8612,20 Mk.) für Führung von Prozessen wurden 896,97 Mk. (3619 Mk.) ausgegeben, der Kursus erforderte 4523,40 Mk., Bezirksleitungen wurden Zuschüsse in Höhe von 2900 Mk. (2500 Mk.) gewährt.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Der Sozialdemokratische Verein Elberfeld-Barmen hatte am 1. Juli 1913 einen Mitgliederstand von 6966, darunter 1006 Frauen. 150 Mitglieder, die bei der Landtagswahl nicht gewählt hatten, erhielten eine Rüge. Ueber den Parteitag in Jena referierte Parteisekretär Kohnen, der die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu den Deckungsvorlagen als im Interesse der Arbeiterschaft gelegen bezeichnete. Denselben Standpunkt vertrat der Vorsitzende, während zwei weitere Redner gegenteiliger Ansicht waren. Ein Beschluß wurde in dieser Sache nicht gefaßt. Beschlossen wurde, an den Parteitag in Jena folgenden Abänderungsantrag zum § 27 Abs. 2 des Statuts zu richten: An Stelle „Unterläßt es der Angeschuldigte usw." zu setzen: „Unterläßt es eine Partei, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens 4 Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so ernennt der Parteivorstand für diese Partei die Beisitzer." Zur Maifeierfrage wurde dem Parteitag folgender Antrag zur Annahme empfohlen: „Alle Parteigenossen, denen es möglich ist, am 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern und keinen Lohnausfall erleiden, haben den Tagesverdienst an den Maifeierfonds abzuliefern."

Hermann Sachses Reichstagsmandat.

Unter dieser Überschrift brachte die nationalliberale „Dortmunder Zeitung" in ihrer Nummer 86 vom 27. Juli 1913 einen Artikel über den schlesischen Meineidsprozeß, den die schwarzgelbe Presse weidlich auch gegen mich ausgeschlachtet hat. Von der Berliner „Kreuzzeitung" und „Post" bis herab zur „Essener Volkszeitung", dem „Werkverein" und dem Lebiusschen „Nationaldemokrat" sind die Anwürfe, welche der gelbe „Feierabend" und das freikonservative „Neue Tageblatt" in Waldenburg gegen mich schleuderten, weiter verbreitet und mit eigenen Bemerkungen ausgeschmückt worden. Die „Dortmunder Zeitung" tut noch ein übriges und bringt die Rede mit zur Sprache, die ich im vorigen Jahre im Reichstage gehalten habe, als die Wahl des Bochumer „Zechenkandidaten" Heckmann im Reichstage zur Beratung stand. Diese meine Rede, in der ich mit Recht das am Tage vor der Stichwahl in Bochum verbreitete Kothausen-Flugblatt der Liberalen gehörig brandmarkte, nennt die „Dortmunder Zeitung" eine Komödie. Dann schreibt sie wie die anderen genannten Zeitungen von einem gefälschten Flugblatt, das acht Tage vor der Hauptwahl 1912 in meinem Kreise (gegen die dortigen freikonservativen Wahlmacher) verbreitet worden sei. Material, das ein ehemaliger Fürst von Pleßscher Oberbeamter seinerzeit den Sozialdemokraten geliefert, habe man in gröblichster Weise gefälscht und in Gestalt eines „Offenen Briefes" in einem Flugblatt zusammengestellt, „das den Anschein erweckte, als sei es von dem aus seiner Stellung entlassenen Fürstlich Pleßschen Oberbeamten Gallasch verfaßt worden." Dann schreibt die „Dortmunder Zeitung" weiter, daß in dem Flugblatt in der parteiischsten Weise gegen den Fürsten von Pleß und dessen Generaldirektor Regierungsrat Keindorf" — immer angeblich durch den entlassenen Beamten — „der Verwaltung der fürstlichen Gruben verwerflichste Agitation und weitgehender Terrorismus zum Vorwurf gemacht". Dann behauptet das Blatt noch, durch die Zeugenaussagen vor dem Schweidnitzer Schwurgericht sei festgestellt worden, daß das Ganze „eine grobe sozialdemokratische Fälschung war und ich hätte gewußt, daß das Flugblatt, dem ich allein meine nochmalige Wahl in Waldenburg verdankte, „gefälscht war". Ja, der Justizrat Mammroth, der Verteidiger der wegen Meineid Angeklagten habe die Aeußerung getan, daß Sachse sich an der Fälschung des Flugblattes direkt beteiligt habe."

Diesen ungeheuerlichen Darstellung gegenüber will ich heute nur folgendes richtig stellen — ein gerichtliches Vorgehen behalte ich mir vor: Es ist völlig unwahr, daß der rühmlichst bekannte Justizrat Mammroth aus Breslau gesagt hat, ich habe mich „an der Fälschung des Flugblattes direkt beteiligt". Es ist ferner unwahr, daß das Flugblatt, der sogenannte „Offene Brief", gefälscht ist. Das Waldenburger „Tageblatt", das Leiborgan Keindorfs und die „Post" in ihrer Nummer 334 schreiben, „es liegt eine bestimmte Aeußerung eines der Verteidiger in jenem Meineidsprozeß, des Justizrat Mammroth (Breslau) vor, wonach der Reichstagsabgeordnete Sachse sich an der Arbeit (gemeint ist die „Fälschung" Osterroths) beteiligt habe". Hingegen die „Essener Volkszeitung" schreibt in ihrer Nummer 194, daß der Arbeitersekretär Osterroth „der Verfasser des gefälschten, aber sehr wirksamen Wahlflugblattes ist .... und der sozialdemokratische Vertreter des Waldenburger Kreises, Abgeordneter Sachse, hat — wie selbst der Verteidiger „Genosse" Cohn (Abgeordneter für Nordhausen) zugeben mußte — davon Kenntnis gehabt". So kolossal widersprechen sich diese mich so herunterreißenden Berichte der genannten gegnerischen Zeitungen. Die eine berichtet unwahr, der Abgeordnete Genosse Cohn sei der Verteidiger gewesen, der gesagt habe, ich habe von der Fälschung Kenntnis gehabt. Die anderen schrieben, ich habe mich an der Fälschung „beteiligt" und die „Dortmunder Zeitung" schießt den Vogel ab und nennt den Justizrat Mammroth, der gesagt habe, „daß Sachse sich an der Fälschung des Flugblattes direkt beteiligt habe". Aus dieser widerspruchsvollen teils völlig unrichtigen Darstellung dieser Blätter kann der aufmerksame und gewissenhafte Leser schon erkennen, was an der ganzen Sache ist. Demgegenüber stelle ich fest, daß ich schon deshalb an einer Fälschung nicht beteiligt war, weil überhaupt eine Fälschung gar nicht vorliegt. Den Stoff zu jenem Flugblatt hat tatsächlich der erwähnte Oberbeamte Gallasch geliefert. Und was das Wichtigste ist, der Inhalt des Flugblattes, der Kern der Sache, entspricht der Wahrheit. Das beweist schon, daß Gallasch nicht nach § 186 des Strafgesetzbuches angeklagt war, sondern nur nach § 185, also wegen formaler Beleidigung. Warum hat man voriges Jahr Gallasch, den Verfasser der schweren Anschuldigungen nicht wegen diesen, sondern nur wegen einiger scharfer, formale Beleidigung enthaltenden Stellen unter Anklage gestellt? Doch nur deshalb nicht, weil die Anklagen Gallaschs gegen die fürstliche Grubenverwaltung auf Wahrheit beruhen. Es ist demnach wahr, daß Amtsrichter, Amtsanwälte und Privatpersonen große unverzinsliche Darlehen von der Pleßschen Verwaltung erhielten, die schließlich gelöscht, also nicht zurückgezahlt wurden. Es ist also ferner wahr, daß Generaldirektor Keindorf Scheinkäufe seiner Beamten eintragen ließ nur zu dem Zwecke, daß die Beamten in den Gemeinden als Vertreter gewählt und so die fürstliche Verwaltung die Mehrheit im Gemeinderat erhielt. Es ist demnach ferner wahr, daß Lehrer und katholische Geistliche von der fürstlichen Verwaltung herabgesetzt und schwer beleidigt, ja teils terrorisiert wurden, wenn nicht nach der Pfeife der Keindorf und Genossen getanzt wurde. Diese und andere kompromittierenden Tatsachen hat Gallasch geliefert und an die Oeffentlichkeit gebracht. Gallasch wollte diese Anklagen in unserer dortigen Parteizeitung, der „Bergwacht", als Artikel unter seiner Namenszeichnung veröffentlichen. Das Wahlkomitee hat aber dann auf Vorschlag Osterroths in meinem Beisein beschlossen, daß man dieses wichtige Material lieber in ein Wahlflugblatt umarbeiten und früh genug verbreiten solle, damit die Angegriffenen noch vor der Wahl antworten könnten. Osterroth hat uns ausdrücklich versichert, daß Gallasch damit einverstanden sei und Gallasch als Zeuge hat das auch in dem jetzigen Meineidsprozeß auf Befragen Osterroths zugegeben. Kann man da von einer Fälschung reden, wenn das wichtige Material statt in Zeitungsartikeln, wie Gallasch das erst wollte, dann im Einverständnis mit diesem in einem Flugblatte an die Oeffentlichkeit gebracht wird? Nein, das kann kein vernünftiger Mensch als eine Fälschung erklären. Bei dem Umredigieren der Artikel in ein Flugblatt ist meines Wissens nur das Tatsachenmaterial verwendet worden, das in dem Gallasch-Artikel stand. Nur einige Redewendungen, die nach § 185 des Str.-G.-B. formal beleidigenden Inhalt hatten, sind, wie nunmehr feststeht, nicht von Gallasch, sondern von dem Redakteur des Flugblattes beim Umschreiben hineingebracht worden. Diese Stellen kann ich augenblicklich nicht wörtlich angeben, weil mir die Gerichtsakten nicht vorliegen. In jener Sitzung des Wahlkomitees habe ich unter anderem mit beantragt, daß solche scharfe Stellen gestrichen wurden. Leider sind sie nicht alle herausgekommen. Also von einer Fälschung kann auch dabei nicht gesprochen werden, denn es ist das meines Wissens nur eine schärfere Kennzeichnung der Tatsachen gewesen, die Gallasch selbst in seinen Artikeln mitgeteilt hatte. Gallasch wohnt nicht mehr in Waldenburg (Schlesien), sondern bei Riesa in Sachsen. Die Fassung des Flugblattes konnte ihm nach jener Sitzung persönlich nicht mehr unterbreitet werden, weil es schleunigst gedruckt und verbreitet werden mußte, damit die Gegner nicht von einer Ueberrumpelung sprechen konnten. Wäre noch Zeit genug gewesen, hätte man sich mit Gallasch auch über den genauen Wortlaut der paar nicht von ihm stammenden, das Gebahren der Gegner kennzeichnenden scharfen Sätze verständigt. Aber, wie gesagt, eine Fälschung kann man die paar scharfen Ausdrücke auch nicht nennen, weil damit an den tatsächlichen Angaben Gallaschs nichts geändert wurde. Da also kein gefälschtes Flugblatt vorliegt, habe ich auch nicht nötig, mein Mandat niederzulegen, wie einige dieser genannten Zeitungen verlangen. Uebrigens ist auch die Behauptung der Zeitungen nicht richtig, daß ich nur diesem Flugblatte meine Wiederwahl zu verdanken hätte. Selbst bei der Hottentottenwahl 1907 bin ich im ersten Wahlgang noch mit 450 Stimmen Mehrheit gewählt worden. Bei der Wahl 1912 hat meine Partei fast in allen Kreisen gewaltigen Stimmenzuwachs erhalten, mithin hätten wir ohne Zweifel auch in meinem Kreise Waldenburg ohne dieses Flugblatt auch eine noch stärkere Mehrheit im ersten Wahlgange erreicht als 1907. Es ist auch nicht richtig, daß die „Bergwacht", unser Parteiblatt, geschrieben habe, daß dies Flugblatt uns den Sieg gebracht habe. Die „Bergwacht" hat nur geschrieben, daß das fragliche Flugblatt „mit dazu beigetragen habe, daß die sozialdemokratischen Stimmen um nahezu 2000 in die Höhe geschnellt worden sind." Ohne das sehr wirksame Flugblatt wären unsere Stimmen vielleicht nur 1500 Stimmen hinaufgegangen, dann hätten wir aber immer noch 1300 Stimmen mehr gehabt, als die gegnerischen Kandidaten bei der Hauptwahl hatten. Selbst wenn es zur Stichwahl gekommen wäre, so hätten die Leute, die im ersten Wahlgang für den Liberalen (der 5915 Stimmen erhielt) stimmten, nicht alle den Freikonservativen (er erhielt bei der Hauptwahl 7144 Stimmen) bei der Stichwahl gewählt. Selbst die bei der Hauptwahl abgegebenen 2826 Zentrumsstimmen wären dem freikoservativen Zechenkandidaten bei der Stichwahl nicht alle zugefallen. Mit den 17 682 Stimmen, welche ich erhielt, hatte ich doch einen zu großen Vorsprung. Ja selbst wenn ich seit 1907 gar keinen Stimmenzuwachs, also wieder 15 835 Stimmen, erhalten hätte, wäre ich bei einer eventuellen Stichwahl doch noch gewählt worden, weil uns die freisinnigen Stimmen größtenteils zugefallen wären. Also mit der Mandatsniederlegung wird es nichts. Wer dieses verlangt, macht sich nur lächerlich. Einige von den genannten Zeitungen behaupten noch, wir hätten uns noch einen weiteren Schwindel zuschulden kommen lassen, indem ich den Bergleuten in den Versammlungen überall als „alter Praktikus" vorgestellt worden sei, trotzdem ich gar kein gelernter Bergmann sei. Auch diese Mär ist unwahr. Sie ist auch nicht neu. Der frühere gelbe Sekretär Ermert ist schon vor der Wahl 1907 und nachher noch lange damit krebsen gegangen, daß ich nicht Bergmann gewesen sei. Schon damals ist das von uns in der Oeffentlichkeit wahrheitsgemäß richtig gestellt worden, daß ich wohl kurze Zeit in der Grube gearbeitet, dann 11 Jahre in der Königin Marienhütte beschäftigt war, wo ich heute noch als Knappschaftsmitglied freiwillige Beiträge zahle. Wir hatten damals in Sachsen einen Berg- und Hüttenarbeiterverband. Dort wurde ich 1892 als Vorsitzender gewählt. Also auch dieser Vorwurf fällt zusammen wie ein Kartenhaus, weil er unwahr ist.

Bochum. H. Sachse,
Mitglied des Reichstages.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Dank für 29jährige Arbeitstätigkeit. Eine lehrreiche Illustration zum Freiburger „Landfriedensbruch", der dem Ende vorigen Monats abgeschlossenen Färberstreik in Basel-Friedlingen folgte, bildet das nachstehend abgedruckte Entlassungszeugnis, das einem Streikenden, der volle 29 Jahre der gleichen Firma seine Arbeitskraft lieh, ausgestellt wurde.

Zeugnis

X. X. Basel.
Eintritt 1884, Mai 26.
Austritt 1913, Mai 26.

Basel, den 26. Mai 1913.

Färbereien Joseph Schetty Söhne A.-G.
Carl Schetty.

Genau nach 29 Jahren (26. Mai 1884 bis 26. Mai 1913) hat die Aktiengesellschaft dem ausgebeuteten Arbeiter dieses kapitalistische Denkmal errichtet. Weiterer Kommentar überflüssig!

Aussperrung in den Brennaborwerken. Die Aussperrung bei der Firma Gebr. Reichstein (Brennabor-Werke) in Brandenburg a. H. ist zur Tatsache geworden. Die Firma hat ausgesperrt, weil sie ohne Tarif nicht weiter arbeiten will. In der Nr. 337 des „Berliner Tageblatts" (Morgenblatt vom 2. August) ist eine Notiz enthalten, die auf die Schließung des Betriebes hinweist. Die Notiz lautet: „In Brandenburg a. Havel sind bei Erneuerung des bei den Brennaborwerken bestehenden Tarifvertrages von der Arbeiterschaft Forderungen gestellt worden, denen die Geschäftsleitung, die erst im Vorjahre große Zugeständnisse gemacht hat, nicht glaubt Rechnung tragen zu können. Es ist daher zu einer Schließung des Betriebes der großen Rad- und Automobilfirma gekommen. In den Lieferungen der Firma soll keine Verzögerung stattfinden." Diese Notiz, die anscheinend von der Firma oder der Firma sehr nahestehenden Personen in die Presse lanziert ist, entspricht nicht den Tatsachen, sie ist eine Irreführung der öffentlichen Meinung. Wir stellen fest, daß die Arbeiter lediglich die Kündigung des im Vorjahre abgeschlossenen Vertrages beschlossen hatten. Die beschlossene Kündigung des Vertrages wurde der Firma ohne jede Forderung auf Abschluß eines neuen Vertrages rechtzeitig zugestellt. Die Firma verlangte von den Arbeitern, die Gründe kennen zu lernen, die zur Kündigung des Vertrages geführt haben, die Firma verlangte weiter neue Vorschläge. Die Arbeiter haben dann der Firma ihre Vorschläge unterbreitet. Die Firma hat aber nicht einen einzigen Punkt der Vorschläge akzeptiert. Die Arbeiter haben darauf beschlossen, lieber ohne Tarif zu arbeiten, als den von der Firma diktierten Tarif anzuerkennen. Forderungen sind, wenn man die Vorschläge der Arbeiter als Forderungen auffassen will, die auf besonderes Verlangen der Firma gestellt worden sind. Daß die Firma im Vorjahre große Zugeständnisse gemacht hat, ist völlig aus der Luft gegriffen. Der Abschluß der vorjährigen Aussperrung dürfte darüber Aufklärung geben. Wir wollen hinzufügen, daß auch im Vorjahre die Arbeiter keine Forderungen gestellt hatten, daß die Firma also keine Gelegenheit hatte, große Zugeständnisse zu machen. Die Friedensbedingungen des Vorjahres lauten: Nachstehend aufgeführte Akkordpreise (das sind die bis dahin üblichen Akkordpreise. D. B.) sowie alle übrigen bisher bestehenden Arbeitsbedingungen bilden einen Tarif. Dieser Tarif gilt bis zum 1. August 1913. Während dieser Zeit werden weder die Akkordsätze noch die sonstigen Bedingungen geändert, es sei denn, daß andere Arbeitsmethoden, Vorrichtungen, Maschinen, Werkzeuge oder Material eingeführt werden. Neue Akkordsätze werden zwischen dem Meister oder Betriebsleiter und dem die Arbeit ausführenden Arbeiter festgesetzt. Sollte es zwischen diesen nicht zu einer Einigung kommen, so wird die bestehende Kommission zur Regelung herangezogen. Die Kommission besteht aus 8 Mitgliedern und zwar aus 5 aus den verschiedenen Betrieben von den Arbeitern zu wählenden und 3 von der Firma zu bestimmenden Arbeitern. Der Tarif geht stillschweigend jeweils auf ein Jahr weiter, falls er nicht am 1. Juli gekündigt wird. Während des Bestehens des Tarifs verpflichten sich sowohl die Firma wie die Arbeiter, den Tarif nach bestem Wissen und Gewissen zu halten. Das sind die großen Zugeständnisse, die die Firma im Vorjahre gemacht hat. Den Abschluß eines solchen Tarifes wird nur der verstehen können, der die Vorgänge bei der Firma Reichstein aus der Vergangenheit kennt. Der Tarif muß doch für die Firma erhebliche Vorteile darstellen, sonst wäre es doch recht unverständlich, daß die Firma um Erhaltung des Tarifs die Arbeiter aussperrt. Es ist also nicht wahr, daß die Arbeiter bei Erneuerung des Tarifs Forde-

rungen gestellt haben. Die Arbeiter haben Vorschläge gemacht, falls die Firma einen neuen Vertrag will und das auf besonderes Verlangen der Firma. Wahr ist, daß bei Abschluß der Aussperrung des Vorjahres die Firma Selbstverständlichkeiten, aber keinerlei Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zugestanden hat.

Siegreich beendeter Streik italienischer Seeleute. Nach fünfundzwanzigtägigem Streik haben die Mannschaften der subventionierten Schiffahrtslinien des toskanischen Archipels die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem sie den größten Teil ihrer Forderungen durchgesetzt haben. Die Löhne werden um 20 Prozent erhöht, die Ausgaben für die Verpflegung um 15 Prozent; weiter wurde der Achtstundentag erzielt und zwölf Tage Ferien jährlich mit vollem Gehalt. Auch die Offiziere, die an der Bewegung teilnahmen, haben eine Gehaltsverbesserung von 50 Lire monatlich erlangt. — Es ist dies im laufenden Jahre der dritte Streik, den der Zentralverband der italienischen Seemannschaften siegreich zu Ende führt: der erste war der der Mannschaften der Schiffahrtsgesellschaft „Puglia", der zweite der allgemeine Ausstand der Seemannschaften, um eine Reform der Altersversicherung zu erzielen.

Agrarische Begehrlichkeit.

Die „Deutsche Tageszeitung" bestreitet in einer Auseinandersetzung mit fortschrittlichen Blättern, daß der Bund der Landwirte für den neuen Zolltarif extreme Forderungen aufgestellt habe. Das Blatt des Herrn Dr. Oertel versichert, daß ihm derartige Forderungen nicht bekannt seien. So zu lesen auf der ersten Seite der Morgenausgabe der „Deutschen Tageszeitung" vom Sonnabend, dem 2. August 1913! Wendet man das Blatt um, dann findet man auf der zweiten Seite die Forderungen der deutschen Gärtner zu dem neuen Zolltarif. Was die Gärtner hier verlangen, kann an Unverfrorenheit nicht mehr leicht übertroffen werden. Zunächst wünschen sie, daß der Kartoffelzoll, der jetzt in der Zeit vom 15. Februar bis 31. Juli 2,50 Mark pro Doppelzentner beträgt, auf 6 Mark erhöht werden soll. Die Tarifnummer 33, die Gemüse betrifft, soll nach den Wünschen der Gärtner in nicht weniger als 12 Unterabteilungen zerlegt werden. Für Küchengewächse besteht ein Zoll von 2,50 Mark bis 4 Mark. Die Gärtner wünschen, daß der Zoll auf alle Kohlarten auf 20 Mark erhöht werden soll. Schwarzwurzeln sind gegenwärtig frei; es soll ein Zoll festgesetzt werden von 30 Mark. Der Zoll auf Erbsen soll erhöht werden von 10 auf 20 Mark, der Zoll auf Gurken von 4 auf 20 Mark, der Zoll auf Salat von 4 auf 30 Mark. Gewächse zu Bindereien sind gegenwärtig frei, hier wird ein Zollsatz verlangt von 200 Mark. Der Zoll auf Samen beträgt 4 Mark, nach den Wünschen der Gemüse-Agrarier soll er auf 10 Mark erhöht werden.

Diese Zollsätze würden ganz selbstverständlich eine ganz erhebliche Verteuerung des zur Volksernährung notwendigen Gemüses bedeuten. Die „Deutsche Tageszeitung" wird natürlich behaupten, daß die Gärtner nicht der Bund der Landwirte seien. Das ist zweifellos richtig; aber der Bund der Landwirte ist es gewesen, der seit Jahren den Gärtnern nahelegt, daß sie hohe Zölle verlangen müßten, und die unverschämten Forderungen, die hier von den Gärtnern aufgestellt werden, sind das Produkt der Bearbeitung durch die Bündler. Dieser Auftakt für die künftigen Forderungen zum Zolltarif läßt erkennen, wessen man sich von den Agrariern zu versehen hat und es wird eine unabweisbare Notwendigkeit sein, rechtzeitig in die Abwehr dieser neuen Angriffe auf den Geldbeutel der Massen einzutreten.

Soziales.

Steckbrief gegen eine Landarbeiterfamilie. Sehr oft kann man in konservativen Provinzzeitungen Inserate finden, die die Form eines Steckbriefes haben und sich gegen Landarbeiter richten, die aus leicht begreiflichen Gründen ihre Arbeitsstätte verlassen. Einen solchen Steckbrief gegen eine ganze Landarbeiterfamilie bringt die „Schneidemühler Zeitung":

Hiermit warne ich
jeden, Angehörige der Familie Ziemke
von hier, welche kontraktbrüchig geworden
ist, in Arbeit zu nehmen.
Moderow, Rittergutsbesitzer,
Adl. Kattun.

Warum die Arbeiter oft kontraktbrüchig werden, darüber schweigen allerdings die Herren Agrarier. Wer glaubt denn diesen Herren, daß die Landarbeiter ohne Grund ihre Arbeitsstelle verlassen? Gerade jetzt, wo sie ihre mühsam bearbeiteten Kartoffeln in der Erde haben und außer der Ziehzeit schwer Wohnung bekommen können? Es sind Fälle bekannt, daß Landarbeiter, die ihren Kontrakt zum 1. April oder 1. Oktober gekündigt haben, daraufhin von gewissen Gutsbesitzern und noch mehr von Inspektoren so gewiebelt werden, daß sie aus Verzweiflung wegen der Behandlung den Dienst verlassen. Für die Landarbeiter, die unter der schmählichen Gesindeordnung stehen und unter dem Druck der Rechtlosigkeit und Knechtschaft leiden, gibt es nur eine Hilfe, das ist: Anschluß an den Landarbeiterverband und an die sozialdemokratischen Organisationen.

Aus dem Gerichtssaal.

Breslauer Arbeitswilligenschutz. Wegen des Zurufs: „Ich werde Dir die Nase schon wischen, Lump" und ein paar ähnlichen Worten, die ein Klempner in Breslau zu einem Arbeitswilligen gemacht haben soll, erhielt der Organisierte von der Breslauer Strafkammer zwei Wochen Gefängnis zubilligt. „Erschwerend ist", sagte der Vorsitzende bei Begründung des Urteils, „daß der Angeklagte in ziemlich gemeiner Weise (!) in die freie Willensbestimmung eines Menschen einzugreifen versucht habe. Solche Ausschreitungen dürfen nicht milde gesühnt werden". — Breslauer Praxis.

Der Musketier auf dem „sozialdemokratischen" Turnerfest. Was beim Militär alles verboten ist, das zeigte eine Verhandlung vor dem Kriegsgericht, das einen Soldaten zu drei Wochen Mittelarrest verurteilte, weil er an einem Feste der Freien Turnerschaft teilgenommen hat. Es wird darüber berichtet: Der Musketier Günther vom Regiment 63 in Oppeln nahm Ostern mit seinen Angehörigen in Breslau an einem Fest der „Freien Turnerschaft" teil. Ein Polizeibeamter machte ihn aufmerksam, er befände sich bei einem „sozialdemokratischen" Verein und stellte Namen, Kompagnie und Regiment fest. Das Polizei-Präsidium machte dem Generalkommando Meldung. Günther wurde vor ein Standgericht gestellt und wegen Ungehorsam zu einer Woche Mittelarrest verurteilt, weil der Verein „sozialdemokratische Tendenzen" verfolge und einem Soldaten die Beteiligung sozialdemokratischer Gesinnung verboten sei. Der Gerichtsherr legte Berufung ein, weil die Strafe zu niedrig sei. Günther sei vor dem Urlaub vom Hauptmann hingewiesen worden auf das Verbot an sozialdemokratischen Veranstaltungen teilzunehmen. Vor dem Kriegsgericht beantragte der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Wozodek, den Ausschluß der Öffentlichkeit. Diesen lehnte das Gericht ab, da kein Grund bestehe, nicht öffentlich zu verhandeln. G. hat vor seiner Militärzeit der Freien Turnerschaft angehört. Er meinte, der Verein wäre nicht politisch. Die Mitglieder reden sich Turngenossen an. Sein Hauptmann stellt G. ein gutes Zeugnis aus. Er sei nie hervorgetreten, daß der Kompagniechef hätte einschreiten müssen. G. sei ein ordentlicher, williger Soldat, so daß der Hauptmann ihn zum Gefreiten befördern wollte. Das Kriegsgericht hob das standgerichtliche Urteil auf und erhöhte die Strafe auf drei Wochen Mittelarrest. Durch den Ungehorsam habe G. die Gefahr eines erheblichen Nachteiles herbeigeführt. Der gute Ruf und das Ansehen des Militärs müsse „leiden bei dem Publikum, wenn es sieht, daß Soldaten bei sozialdemokratischen Veranstaltungen teilnehmen". — Wenn der Ruf des großen Heiligen Mititarismus keine andere „Gefahr" hätte, als die Beteiligung von Soldaten an Festen der freien Turner, dann könnten die Kriegsgerichte ruhig schlafen. Dagegen zeigt der „Kornwalzen"-Prozeß in Berlin, wo die Leute sitzen, die das Ansehen des Militarismus wirklich ungemein schädigen.

Die Vertagung des Erfurter Reservistenprozesses. Über die Ursachen der Vertagung des Termins, der auf den 1. August vor dem Oberkriegsgericht in Cassel angesetzt war, wird mitgeteilt, daß es sich um einen Antrag der Verteidiger handelt. Die Verteidiger wollen neues Beweismaterial beibringen und außerdem eine Anzahl Sachverständiger vernehmen lassen. Der neue Termin soll erst im November stattfinden. — Man rechnet damit, daß bis dahin der Bundesrat seine Zustimmung zu dem vom Reichstag angenommenen Notgesetz gegeben haben wird. Bedauerlich bleibt allerdings, daß die Verurteilten diese lange Zeit in Haft bleiben müssen.

Der Polizeisergeant von Buer. In dem Bergarbeiterort Buer in Westfalen waren gegen eine ganze Reihe von Genossen Strafmandate wegen eines nicht genehmigten Maiumzuges verhängt worden. In der folgenden richterlichen Verhandlung standen die eidlichen Aussagen einer ganzen Reihe Zivilzeugen im auffälligen Gegensatz zu der alleinigen Aussage des Polizisten John aus Buer. Aus diesem Umstande heraus fühlte sich der Sergeant berufen, gegen alle Zivilzeugen Anzeige wegen Meineids zu erstatten. In seiner Anzeige gab der Mann der Meinung Ausdruck, daß allen Angeklagten schon deshalb ein Meineid zuzutrauen sei, weil sie Dissidenten seien. Eine Kritik dieser Polizistenkeckheit ging durch die gesamte Parteipresse. Eine Reihe von Blättern erhielten Anklage. Auch der verantwortliche Redakteur Franz von der „Schlesischen Bergwacht" hatte deshalb vor Gericht zu erscheinen. Da er selbst Dissident ist, wurde ihm die Vergünstigung des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zwar zuerkannt, trotzdem aber wurde er zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil in der Kritik der „Schlesischen Bergwacht" die Behauptung des Polizisten mit „Unverschämtheit" bezeichnet war.

Aus Nah und Fern.

Eine amtliche Künstlerkarte der Dresdener Gemäldegalerie unzüchtig! Der „Tägl. Rundsch." wird aus Dresden gemeldet: In der Kunstanstalt von Römmler u. Jonas in der Blasewitzer Straße erschienen kürzlich Beamte der Dresdener Kriminalpolizei und beschlagnahmten im Auftrage der Berliner Staatsanwaltschaft sämtliche Vorräte zweier farbiger Postkarten nach Gemälden der königlichen Gemäldegalerie in Dresden! Es handelt sich um die Nachbildungen zweier weltberühmter Bilder: der Venus von Giorgione und der Bathseba am Springbrunnen von Rubens. Was an beiden unsittlich sein soll, ist unerfindlich. Die beschlagnahmten Postkarten sind amtliche Ausgaben der Galerie; sie tragen folgenden Vermerk: „Postkarte — Amtliche Ausgabe der General-Direktion der königlichen Sammlungen zu Dresden." Wie die Nachforschungen ergeben haben, beruht dies fast unglaubliche Vorkommnis darauf, daß die beiden Postkarten bei irgend einem fliegenden Händler in Berlin beschlagnahmt, dann durch Urteil für unzüchtig erklärt worden sind, worauf die Vernichtung der vorhandenen Vorräte und der Klischees angeordnet wurde! Von dem Urteil haben die Behörden und die Drucker erst jetzt erfahren. Merkwürdigerweise hat die Polizeibehörde die Vorräte, die in der Galerie selbst zum Verkauf ausliegen, noch nicht beschlagnahmt, und dazu wäre sie doch verpflichtet!

Schadenersatz für jungdeutschen Schießunfug. Bei einer Kriegsspielübung, die zur Feier des glorreichen Sedantages am 2. September v. J. unter der Leitung eines Lehrers Hiensch in Gräfenhainichen (Prov. Sachsen) stattfand, ereignete sich ein schwerer Unfall, der jetzt ein gerichtliches Nachspiel vor dem Oberlandesgericht Naumburg hatte. Der Lehrer hatte den 250 Schülern erlaubt, Knallpistolen mitzubringen. Einem 12jährigen Jungen war sogar erlaubt worden, eine wirkliche Pistole mit Kupferzündhütchen mitzubringen. Und wie der Lehrer zugab, hat er gar dem Jungen gezeigt, wie die Pistole zu handhaben ist, wobei der dann „zur Vorsicht" mahnte. Trotz der Mahnung hantierte der Junge nach dem Manöver aber so leichtsinnig mit der Feuerwaffe, daß bei der Explosion eines Zündhütchens einem seiner Spielkameraden ein Kupferstück ins Auge flog, was trotz schleuniger ärztlicher Hilfe zur Erblindung des Auges führte. Der Vater des Verletzten klagte nun gegen den Lehrer auf 1500 Mk. Schmerzensgeld, 300 Mk. jährlicher Rente und Ersatz der ärztlichen Kosten. Das Landgericht Halle wies die Klage ab; jedoch verurteilte das Oberlandesgericht Naumburg den Lehrer zur Zahlung. Die Höhe der Beträge soll das Landgericht festsetzen. Das Oberlandesgericht betonte, daß der Lehrer überhaupt keine Schußwaffe zulassen durfte. Durch die Mahnung an den Jungen, vorsichtig zu sein, habe er erkennen lassen, daß er sich der nahen Möglichkeit eines Unglücks bewußt war. Da er trotzdem den Jungen nicht dauernd persönlich überwachte, sei er für das Unglück verantwortlich und haftbar.

Todessprung in einen Kalkofen. Einen gräßlichen Selbstmord verübte, wie aus Myslowitz, Oberschlesien, gemeldet wird, der Viehhändler G. in Strzemiczyce. Er hatte vor einiger Zeit ein Anwesen geerbt und dieses weiter verkauft. Bald aber merkte er, daß er das Grundstück zu billig hergegeben habe. Er nahm sich seine Voreiligkeit derart zu Herzen, daß er schwermütig wurde. G. ging zur Kalkofenanlage seines Ortes und holte sich dort die Erlaubnis, den Ofen besteigen zu dürfen, um von oben herab der Kalkverbrennung zusehen zu können. Oben angelangt, knöpfte er plötzlich die Uhr ab und legte sie samt seiner Brieftasche neben sich. Ehe man noch gewahr wurde, was er weiter beginnen werde, stürzte er sich kopfüber in den Ofen. Man konnte nur noch ein Häufchen zu Asche verbrannter Knochen bergen.

Eine verhängnisvolle Verwechslung. Wie der „Oberschlesische Wanderer" aus Myslowitz meldet, verwechselte in dem benachbarten Orte Pogonia der Arbeiter Sigmund die Spiritus- mit der Schnapsflasche. Er starb bald darauf unter furchtbaren Qualen.

Beim Baden ertrunken. Beim unerlaubten Baden in der Ostsee bei Pillau sind Sonnabend abend der Gefreite Schubert und der Musketier Budler von der 7. Kompagnie des Infant.-Reg. 43 ertrunken. Ein dritter Soldat, der zur Rettung nachsprang und in Gefahr des Ertrinkens geriet, konnte sich jedoch freimachen.

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich, wie aus Köln gemeldet wird, Freitag nachmittag auf der Chaussee zwischen Wesseling und Rohdorf. Dort überschlug sich ein französisches Automobil, das einem Fuhrwerk ausweichen wollte. Der Besitzer des Automobils und der Chauffeur wurden aus dem Wagen geschleudert. Der Automobilbesitzer, dessen Namen noch nicht festgestellt werden konnte, war auf der Stelle tot. Der Chauffeur wurde bewußtlos in ein Krankenhaus gebracht.

Ein Dienstmädchen mit zwei Kindern verschwunden. Seit Anfang voriger Woche werden in Braunschweig die beiden 1¼ und 4 Jahre alten Kinder, ein Mädchen und ein Knabe, des Schneidermeisters Otto Essig vermißt. Das junge Mädchen, das früher bei Essig in Dienst stand, kam noch häufig zu der Familie, um mit den Kindern, an denen es sehr hing, spazieren zu gehen. So geschah es auch am vergangenen Dienstag. Die Mutter der beiden Kinder gestattete dem Mädchen, um ½3 Uhr nachmittags mit den Kindern in Bürgerpark zu gehen, doch sollte sie um 4 Uhr wieder im Hause sein. Sie ist aber um diese Zeit mit den Kindern nicht zurückgekehrt und alle drei sind seitdem spurlos verschwunden. Es konnte nur ermittelt werden, daß das Dienstmädchen mit den Kindern nicht nach dem Bürgerpark gegangen ist, sondern die Wohnung seiner Eltern aufgesucht hat, während diese von Hause abwesend waren. Hier hat das Mädchen alles, was es an Eßbarem vorfand, eingepackt und mitgenommen, desgleichen auch verschiedene Kleidungsstücke.

Eine Familie an Pilzvergiftung schwer erkrankt. Nach dem Genuß von Pilzen erkrankte in Neu-Lußheim die Familie des Maurermeisters Kern. Zwei Kinder im Alter von 2 und 6 Jahrn sind bereits gestorben. Der Mann liegt lebensgefährlich darnieder, die Frau und ein Kind befinden sich auf dem Wege der Besserung.

Explosion in einem amerikanischen Bergwerk. Auf einer Kohlenzeche in Pottsville (Pennsylvanien) ereignete sich Sonnabend eine Explosion. Fünfzig Personen wurden getötet.

Folgenschwere Belustigung deutscher Seeleute. Aus Bergen wird berichtet: Am Mittwoch ereignete sich ein schweres Unglück auf einem Gehöfte bei Gudvangen. Das deutsche Touristenschiff „Großer Kurfürst" lag auf einem Fjord vor Anker. Einige Mann seiner Besatzung, die Landurlaub erhalten hatten, machten eine Partie auf das Fjord und sollen bei dieser Gelegenheit Steine haben herabrollen lassen. Durch einen derselben wurde ein Mädchen, das unweit des Hofes im Heu arbeitete, erschlagen. Die Deutschen wurden arretiert, gegen Abend aber wegen mangelnder Beweise wieder freigelassen. Auf Befehl des Amtmannes wurden sie jedoch unmittelbar vor der Abfahrt des „Großen Kurfürsten" von hier wieder verhaftet.

Die räthselhafte Tragödie im Schnellzug Bologna—Brindisi, in dem, wie berichtet, ein Türke erschossen aufgefunden wurde, hat jetzt ihre Aufklärung erfahren. Der Türke ist ein reicher junger Mann aus Beirut. Er heißt Faysal Satt. Faysal hatte ganz Europa und Italien bereist und war im Begriff, in seine Heimat zurückzukehren. In seiner Begleitung befanden sich einige seiner Landsleute, die Faysal unterwegs kennen gelernt hatte. Es scheint, daß sich Faysal dabei in eine junge verheiratete Türkin verliebt, und ihr, während der Gatte schlief, seine Liebe gestand, aber abgewiesen wurde. Aus Schmerz hierüber erschoß sich Faysal vor den Augen der Dame. Sämtliche Begleiter Faysals, die zuerst verhaftet worden waren, sind bereits wieder freigelassen worden.

Erpressungsversuch an Rothschild. Seit einigen Tagen erhielt Lord Rothschild in London Drohbriefe, worin er aufgefordert wurde, 600000 Mark zu hinterlegen, andernfalls würde er ermordet werden. Die benachrichtigte Polizei verhaftete daraufhin in einem Restaurant der Coventry-Street einen jungen Deutschen, der sich Heinrich Krenenskath nannte und welcher in dem Verdachte steht, die Drohbriefe geschrieben zu haben. Krenenskath setzte seiner Verhaftung verzweifelten Widerstand entgegen. Er bestritt dann, der Verfasser der Briefe zu sein, wird sich aber jetzt vor dem Gerichtshof in Bowstreet zu verantworten haben.

Dynamitexplosion. In einem Steinbruch bei Krakau explodierte eine Quantität Dynamit, wobei ein Arbeiter in Stücke gerissen wurde, ein zweiter verlor das Augenlicht, mehrere andere wurden leicht verletzt.

Brandkatastrophe in einem russischen Kurorte. Am Freitag brach in dem von Petersburgern viel besuchten Sommerkurort Kuckalla, das dicht an der finnländischen Grenze gelegen ist, ein Feuer aus. Da es dort, wie in allen russischen Badeorten, keine Feuerwehr gibt, nahm der Brand schnell an Umfang zu. Bis zum Eintreffen der aus Petersburg entsandten Feuerwehr waren bereits viele Landhäuser und 20 Läden abgebrannt. Ein Mann erlag den erlittenen Brandwunden, zwei Frauen kamen in den Flammen um.

Forschungsreisende ertrunken. Die Leutnants Ayme und Montaigu von der geographischen Expedition zur Erforschung des Laos (Französisch-Indien) ertranken, als sie den Fluß Selalong mit einem Milizsoldaten und einem Eingeborenen überqueren wollten.

Überfall durch Marokkaner. In der nächsten Umgebung von Tanger (Marokko) wurde die Villa des englischen Staatsbürgers Levisohn von Eingeborenen überfallen. Zwei Personen wurden dabei getötet.

Schweres Autounglück. Auf einer Vergnügungsfahrt in die Londoner Vororte stürzte ein Autoomnibus um. Von den 31 Insassen büßten zwei das Leben ein, zwanzig wurden lebensgefährlich verletzt.

Militärische Schreckensjustiz in Österreich. Der Olmützer „Pozor" meldet aus Sarajewo: Vom Militärgericht in Sarajewo wurde dieser Tage gegen drei Unteroffiziere und vierundvierzig Soldaten des Prager Infanterieregiments Nr. 102 das Urteil gefällt. Die Soldaten haben sich im vergangenen Herbst bei ihrer Abfahrt nach Bosnien an Demonstrationen beteiligt. Alle wurden schuldig erkannt und die drei Unteroffiziere zu zwei bis drei Jahren Kerker, die Soldaten zu fünfzehn bis dreißig Tagen Arrest verurteilt.

Sechs Personen vom Blitz erschlagen. Im Departement Allier, namentlich im Arrondissement Lapallise (Frankreich) gingen am Freitag vormittag schwere Gewitter nieder, die bedeutenden Schaden anrichteten. Bei dem Flecken Mayet-La-Montagne wurden eine vom Felde nach Hause eilende Bäuerin und ihre fünf Kinder vom Blitz erschlagen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.